

Vereins-Anzeiger

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder
sowie der freien eingeschriebenen Hilfskasse Nr. 71 vorstehender Gewerbe.

Nr. 10.

Ersteht alle Sonnabend.
Abonnementspreis 1,50 Mk. pro Quartal
Redaktion und Expedition: Hamburg 22,
Schmalenbekerstr. 17, Fernspr. Amt 3, 3622.

Hamburg,

Sonnabend, 6. März 1909.

Anzeigen kosten die 4gespaltene Zeile
oder deren Raum 40 Pfg. (der Betrag ist
stets vorher einzufenden.)
.. Vereinsanzeigen 20 Pfennig die Zeile ..

23. Jahrg.

Zur Bleiweißfrage in Bayern.

Auf der am 10. November 1907 stattgefundenen 8. Bayerischen Bauarbeiterkonferenz wurde bez. unseres Berufes und der Einhaltung und Durchführung der Bundesratsverordnung vom 27. Juni 1908 eine Resolution beschlossen, die u. a. verlangt: „Ein vollständiges Verbot der Bleifarben von Reichs wegen, die Anstellung von sach- und fachkundigen, aus Arbeiterkreisen gewählten Kontrollorganen, daß ferner der Reichskanzler ersucht werden sollte, die Ärzte und Krankenhausverwaltungen anzuweisen, alle diesbezüglichen Erkrankungen zu registrieren, und endlich bis zum Ausschluß der Bleifarben an die Staats- und Gemeindebehörden das Ersuchen zu richten, bei Submissionen und Vergabe von Arbeiten den Ausschluß der Bleifarben zur Bedingung zu machen.“

Die Wünsche, die in Form einer Petition an den Landtag gerichtet und die von unserem Kollegen Dorn im 10. (wirtschaftlichen) Ausschuss energisch vertreten wurden, fanden als Anträge nur die Stimmen der Liberalen und Sozialdemokraten, während die schwarzen christlichen „Arbeiterfreunde“ durch die Bank dagegen waren. Es wurde jedoch die ganze Petition der Regierung zur Würdigung hinüber gegeben und zwar einstimmig.

Inzwischen sind weitere Schritte unternommen worden bei den Behörden und zwar wurde zunächst eine Eingabe gemacht von der Filiale München an das Verkehrsministerium. Darauf ist folgende Antwort eingelaufen:

„Bereits mit Entschliessung der vorwiegenden Generaldirektion der K. Staatsbahnen vom 26. Dez. 1905 (Nr. 73 171/V M. Nr. 10218/VII) wurden sämtliche einschlägigen Stellen der Eisenbahnverwaltung angewiesen, bei der Ausführung von Malerarbeiten im Eigenbetrieb, wenn nur irgend möglich, die Verwendung bleihaltiger Farben zu unterlassen. Zugleich wurde eine Reihe von Farben namhaft gemacht, die als Ersatz bleihaltiger Farben zu dienen haben. — Im wesentlichen ist in bahneigenen Werkstätten die Verwendung von bleihaltigen Farben nur noch für Schiffsanstriche im Gebrauch. Doch sind auch hierfür Versuche mit bleifreien Farben im Gange, von deren Ausfall die weitere Verwendung der bisher benutzten Farben abhängig gemacht werden muß.“

Für jene Fälle, in denen ausnahmsweise bleihaltige Farben im Eigenbetrieb verwendet werden, sind zugleich in der angeführten Entschliessung im Anschluß an die Bekanntmachung des Bundesrats im Reichsgesetzblatt Nr. 28 vom 27. Juni 1905, betr. Betriebe usw. ausführliche Schutzbestimmungen für die Arbeiter getroffen, deren Befolgung durch die Aufsicht in den staatlichen Werkstätten gewährleistet wird.

Ebenso wurde angeordnet, daß die Handwerksmeister oder Fabriken, denen die Ausführung von Anstrichen freihändig oder im Wege der Vergabe übertragen wurde, zur Einhaltung der reichsgesetzlichen Bestimmungen über die Verwendung von Bleifarben ausdrücklich verpflichtet werden. Uebrigens müssen nach § 61 der besonderen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Hochbauarbeiten vom 1. Oktober 1904 die zu verwendenden Farben frei von schädlichen Beimischungen sein. Es ist somit von der Staatsbahnenverwaltung sowohl für die im Eigenbetrieb wie die von Unternehmern beschäftigten Arbeiter hinreichend Fürsorge getroffen, die schädliche Einwirkung der Bleifarben nach Möglichkeit einzuschränken. Weitere Anordnungen scheinen mir deshalb zurzeit nicht geboten zu sein.

gez. Frauendorfer.“

Daß von den obersten Instanzen der gute Wille gezeigt wird, ist anzuerkennen, dagegen scheinen die unterstellten Direktionen keine Ahnung von solchen Entschliessungen zu haben. Kommt es doch vor, daß gerade bei solchen Arbeiten, wo das Bleiweiß ohne weiteres entbehrt werden könnte, in den Vertragsbedingungen dasselbe gefordert wird. So ist uns kürzlich ein Fall zu Ohren gekommen in Steinhagen, wo die Ueberdachung des Bahnhofsperrons dreimal mit Bleiweiß gestrichen wurde, und zwar ausdrücklich, „weil es im Vertrage gefordert wird.“

Der Stadtmagistrat München nimmt nun

wieder einen anderen Standpunkt ein. Er befaßte sich schon am 2. Juli 1907 mit einem Antrag der G.-V. Dr. Krüche, Dr. v. Pfistermeister und Dr. Wacker, der dahin ging, die Bleivergiftung bei städtischen Arbeitern zu verhindern. Dem Antrag war ein Exemplar der von Herrn Dr. Krüche herausgegebenen „Merkmalen Nahrung“ beigegeben, worin ein Artikel enthalten war über: „Prophylaxe der Bleivergiftung“. Der Herr Oberbaurat Schwiening führte zu diesem Antrage aus, daß es bisher noch nicht zur Kenntnis des Stadtbauamtes gekommen sei, daß städtische Arbeiter an Bleivergiftung erkrankt seien. In den besonderen Bedingungen des Stadtbauamtes sei allerdings die Verwendung von Bleifarben ausdrücklich vorgeschrieben im § 2, wo es heißt: „Als Basis der Delfarben soll bei Wetteranstrichen Bleiweiß verwendet werden“. Vorläufig könne auf diese Farbe nicht verzichtet werden, da es zurzeit einen Ersatz für Bleiweiß nicht gibt, der zur Herstellung von wetterfesten Anstrichen dienen könnte. Jedoch sei dahin zu wirken, daß dieses Material in strichfertigem Zustande von der Fabrik bezogen werde und nicht in Pulverform, ferner sei das lange Stehenlassen dieser Farbe in Arbeitsräumen zu vermeiden, ebenso soll darauf hingewirkt werden, daß die Hände vor Einnahme der Mahlzeiten gründlich gereinigt und das lange Tragen der oft bis zur Unkenntlichkeit verschmierten Arbeitskleider vermieden werden.

Der Herr Oberbaurat stützt sich dann noch auf zwei Gutachten, die er eingeholt hat und die in der Hauptsache dahin lauten, daß Bleivergiftungen von der Sorglosigkeit stammen, mit welcher die Arbeiter mit den Bleifarben umgehen. Der beste Beweis sei, daß in Bleiweißfabriken gar keine solchen Erkrankungen mehr vorkommen, nachdem dort diesbezügliche Einrichtungen getroffen wurden. Es wurde dann beschlossen, es bei den bisherigen Bestimmungen zu belassen und nur bei Eisenanstrichen von Mennige Abstand zu nehmen, da hierfür genügend Ersatzfarben zur Verfügung stehen.

Danach war es kein Wunder, wenn die Eingabe der Filiale München im Februar 1908 unterm 2. April dahingehend beantwortet wurde, daß man sich auf diese Beschlüsse stütze und anherbem habe sich die Zentralstelle der Materialienprüfungskommission des Süddeutschen Maler- und Tünchermeister-Verbandes sowie das chemisch-technische Laboratorium der kgl. Technischen Hochschule in München übereinstimmend geäußert, daß bis heute noch kein „Weiß“ besteht, das den Bitterungseinflüssen so wie Bleiweiß zu widerstehen vermag. Für äußere Arbeiten kann daher das Bleiweiß nicht entbehrt werden, um so weniger, wenn für einen guten und dauerhaften Anstrich drei Jahre Garantie geleistet werden soll.

Man gibt also wenigstens schon zu, daß das Bleiweiß für Innenräume entbehrlich ist, obwohl man sich peinlich hütet, die Konsequenzen daraus zu ziehen. Uebrigens sind die Behauptungen der Zentralstelle der Materialienprüfungskommission längst durch praktische Versuche überholt worden.

Etwas weiter scheint nun doch die bayerische Regierung gehen zu wollen. Anlässlich einer Konferenz, die zwischen der Regierung und den Abgeordneten von Baumeistern, Bauärzten und von der Bauarbeiterschaft Ende Januar d. J. in München stattfand, und wo unsere Genossen für die auf der Bauarbeiterkonferenz gefasste Resolution und für deren Durchführung eintraten, da erklärte ein Regierungsvertreter, daß das, was im letzten Absatz verlangt sei, bei Vergabe staatlicher Arbeiten bleihaltige Farben auszuschließen, schon längst durchgeführt sei. Auf direkte Anfrage bei der obersten Baubehörde im Ministerium des Innern wurde uns die Antwort, daß tatsächlich bereits 1908 eine derartige zwar nicht in vollem Umfange unsern Wünschen Rechnung tragende, jedoch immerhin einen gewissen Fortschritt zeigende Entschliessung ergangen ist, von der bis jetzt nicht einmal die Fabrikinspektoren eine Ahnung gehabt haben. Diese Entschliessung an die Kreisregierungen befagt in der Hauptsache, daß dieselben beauftragt werden, bei den unter ihrer Leitung zur Ausführung gelangenden Staatsbauten davon abzustehen, die Verwendung blei-

haltiger Farben zur Vertragsbedingung zu machen.“

So behnbar die Bestimmung ist, so bedeutet sie doch einen unerkennbaren Erfolg unserer Petition und damit eine weitere Etappe auf dem Wege zum vollständigen Verbot. Bedenkt man noch, daß im Ressort des Kriegsministeriums bei Verarbeitung von bleihaltigen Farben die größten Vorsichtsmaßregeln angewendet werden, bedenkt man ferner, daß die Gewerbeinspektoren daran sind, die Unternehmer zu veranlassen, daß die Handwerker, die laut Bundesratsverordnung den Kollegen geliefert werden müssen, auch in gereinigtem Zustande sein müssen, so ist unschwer zu erkennen, daß man sich einigermaßen Mühe gibt, unserm fortgesetzten Drängen nachzugeben.

Ungeachtet dieser kleinen Fortschritte aber muß der Kampf weiter geführt werden und muß unsere Devise nach wie vor heißen:

Fort mit dem Bleiweiß!

Nicht Verkümmern, sondern Ausban der Arbeiterversicherung.

Das Reichsamt des Innern bereitet gegenwärtig eine Reform der Arbeiterversicherungsgesetze vor. Eine Reform, deren angeblicher Zweck in der Vereinfachung und Verbilligung der staatlichen Versicherung bestehen soll, die aber tatsächlich darauf hinausläuft, den Arbeitern das Selbstverwaltungsrecht in den Krankenkassen zu nehmen und im übrigen einen wirklichen Ausban der Arbeiterversicherung hintanzuhalten.

Die Verdächtigungen der Ortskrankenkassen als Institute, an denen sich „die sozialdemokratischen Parteiführer mästen“, haben bei den in Frage kommenden Reichsbehörden ein williges Ohr gefunden. Freilich, diese beweislosen Verdächtigungen, mit denen insbesondere der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie wider das Selbstverwaltungsrecht der Ortskrankenkassen freiben ging, waren kein tatsächliches Material. Das Material sollte die im Oktober 1908 stattgefundenen Konferenz im Reichsamt des Innern liefern, wo Unternehmer- und Arbeitervertreter aus den Krankenkassen benommen wurden. Aber die politischen Arbeiterfeinde erlitten hier eine schmachvolle Niederlage.

Das sehnsüchtig erwartete Material gegen das Selbstverwaltungsrecht der Ortskrankenkassen blieb aus: die Unternehmer hatten feins. Ja, die Unternehmer stimmten in jener Konferenz sogar soweit mit den Arbeitern überein, daß sie den seitens des Reichsamts des Innern für die kommende Reform vorgeschlagenen „unparteilichen Vorsitzenden der Ortskrankenkassen“ ablehnten. Dieser „unparteiliche Vorsitzende“ sollte geschaffen werden, wenn die Unternehmer nicht, wie bisher, ein Drittel, sondern die Hälfte der Rassenbeiträge übernehmen würden. Der angebliche politische Mißbrauch der Ortskrankenkassen hatte sich als ein leeres Phantastengebilde herausgestellt; die Arbeiterfeinde waren eben blamiert! Selbst der stellvertretende Vorsitzende des Vereins deutscher Arbeitgeberverbände, Kommerzienrat Mendl, mußte in Nr. 48 von 1908 der „Deutschen Arbeiter-Zeitung“ konstataieren, daß in jener Konferenz für die gegen die Leitungen der Ortskrankenkassen erhobenen Anklagen keine Beweise beigebracht werden konnten. Kommerzienrat Mendl bringt in der genannten Zeitung auch zum Ausdruck, daß ihm der heutige Zustand lieber sei, als eine „Herrschaft der Bureautraten“ in den Ortskrankenkassen. Man sollte meinen, daß damit die Aktde, die das Reichsamt des Innern gegen das Selbstverwaltungsrecht der Ortskrankenkassen liefern wollte, zurückgewiesen sei. Aber die Arbeiter werden gut tun, sich nicht in Sicherheit zu wiegen. Nicht das Selbstverwaltungsrecht der Arbeiter darf beseitigt werden, sondern mit der Zersplitterung der Versicherungsorganisation (Ortskrankenkassen der verschiedenen Berufe, Betriebs- und Innungskassen, Gemeindefrankenversicherung) muß ausgeräumt werden. Wir brauchen eine Zentralisation, d. h. für größere Bezirke eine leistungsfähige Kasse.

Nachdem es ferner die Ausdehnung der Krankenversicherung auf die Arbeiter und Angestellten aller Kategorien. Zu beseitigen ist die Grenze der Versicherungspflicht bei 2000 Mark Arbeitsverdienst. Zu erhöhen sind die Mindestleistungen, die heute keineswegs ausreichen, dem erkrankten Arbeiter und seiner Familie auch nur das Nötigste zu gewähren. So muß die Reform der Krankenversicherung aussehen, wenn bei den bürgerlichen Parteien und der Regierung die soziale Gerechtigkeit echt wäre, mit der sie prunken!

Die Unfallversicherung erstreckt sich auch nicht auf alle Arbeiterkategorien. Die Verwaltung liegt in den Händen der Berufsgenossenschaften, in denen die Unternehmer allmächtig sind; kein Arbeiter hat hier etwas zu sagen. Die Ansprüche der Versicherten beruhen nicht auf geleisteten Beiträgen, sondern auf der Versicherungs-

pflicht. Infolgedessen darf auch das Recht der Verwaltung nicht an die Beitragszahlung geknüpft, sondern muß den Versicherten überlassen werden. Die Kosten der Unfallversicherung werden zwar formell von dem Unternehmertum getragen, tatsächlich aber doch von den Ertragskräften der Arbeit jener gedeckt, die in den Betrieben beschäftigt sind. Daher gebührt den Arbeitern das Selbstverwaltungsrecht, zum mindesten aber das paritätische Mitbestimmungsrecht. Davon wollen die Unternehmer jedoch nichts wissen. Sie glauben, wenn die Arbeiter, wie in den Schiedsgerichten für Arbeiterversicherung, so auch in den Berufsgenossenschaften ein Wortlein hineinreden, daß dann die Rententransparenz nicht so weitergeht, und dann die Kosten der Unfallversicherung wachsen würden. Die Arbeiter werden aber unbedingt an ihrem Standpunkt festhalten und ebenso entschieden dafür eintreten, daß die Leistungen der Unfallversicherung erhöht werden.

Im Vordergrund der Erörterung hat in letzter Zeit aus mancherlei Gründen das Invalidenversicherungsgesetz gestanden. Bekannt ist, daß das Reichsamt des Inneren mit einer großen Energie bestrebt ist, die Bewilligung der Invalidenrenten seitens der zuständigen Organe möglichst einzuschränken. Die Rentenbewilligungen waren von 174 508 im Jahre 1903 auf 134 057 im Jahre 1906 zurückgegangen! Da war kolossal „gequiecht“ worden. Inzwischen sind nun die Bestrebungen der kaufmännischen und technischen Angestellten auf eine angemessene Alters-, Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung stärker hervorgetreten. Die bürgerlichen Parteien und die Regierung, welche bisher den Privatangeestellten nicht einmal die heutigen Versicherungsgehalte voll zugute kommen ließen, spielen nun mit dem Gedanken, für diese Angestellten eine besondere Pensionsversicherung zu schaffen. Ob etwas daraus wird, was die Angestellten auch befriedigt, ist zum mindesten sehr zweifelhaft; aber man will hier eine Verpflichtung, und zwar aus politischen und finanziellen Gründen. Einen durchgreifenden Ausbau der Invalidenversicherung möchten sowohl die bürgerlichen Parteien als auch die Regierung aus „Sparfamkeitsrückichten“ umgehen. Aber man möchte auch die unzufriedenen Angestellten, denen man so gut wie jeden geistlichen Schuß vor grenzenloser Ausbeutung durch die Unternehmer verweigert, nicht direkt in das Lager der Sozialdemokratie jagen. Und so sucht man sie mit einer Sonderversicherung zu lockern, womit man eine Scheidewand zwischen Angestellten und Arbeitern aufrichten zu können glaubt. Von solchen unsozialen Beweggründen wird die deutsche Sozialpolitik beherrscht. Die Alters- und Invalidenrenten, die nach dem heutigen Invalidenversicherungsgesetz an die Rentenberechtigten gezahlt werden, betragen im Durchschnitt jährlich rund 158 Mark. Die Arbeiter müssen mit aller Kraft dafür agitieren, daß an Stelle dieser geringfügigen Altersrenten wesentlich höhere Versicherungsleistungen treten — nicht nur für die Privatangestellten, sondern für die Arbeiter aller Kategorien.

Als im Jahre 1902 das deutsche Volk mit drückenden Jollerhöhungen befaßt wurde, beschloß der Reichstag, daß ein Teil der höheren Bülle „zur Erleichterung der Durchführung einer Witwen- und Waisenversorgung zu verwenden“ sei. Die hohen Bülle sind in Kraft getreten, für die Witwen- und Waisenversorgung aber ist nicht so viel übrig geblieben, daß davon auch nur eine kümmerliche, geschweige denn eine angemessene Fürsorge durchgeführt werden könnte. Die Arbeiter aber wünschen eine Hinterbliebenenfürsorge mindestens in dem Maße, wie sie das Gewerbeunfallversicherungsgesetz gewährt. In

der Durchführbarkeit dieser Versicherung ist kein Zweifel; sie ist ohne Einführung irgendwelcher neuer Steuern schon dann möglich, wenn der unsinnigen Verschwendung für militärische Zwecke Einhalt getan wird.

Die Arbeitslosenversicherung wollen wir nicht in dem Rahmen der heutigen Arbeiterversicherungsgehalte verwirklicht wissen. Für ihre Eigenart müssen in organisatorischer Beziehung andere Gesichtspunkte maßgebend sein; ihre Grundlage sollen die Gewerkschaften sein, an deren Mitgliedsbeiträge zur Arbeitslosenunterstützung staatliche Zuschüsse zu leisten sind. Sie soll aber hierbei mit erwähnt werden, um über die berechtigten Ansprüche der Arbeiterschaft hinsichtlich der staatlichen Versicherung ein genaueres Bild zu geben. Dabei muß darauf hingewiesen werden, daß man in verschiedenen Nachbarstaaten mit der Arbeitslosenversicherung aus Staats- oder Gemeindegeldmitteln viel weiter ist als in Deutschland; wenn auch zugegeben werden muß, daß sie auch dort zu wünschen übrig läßt.

Wir haben vorstehend in großen Zügen ein Bild der Wünsche entworfen, die die deutsche Arbeiterschaft an das staatliche Versicherungswesen zu stellen hat. Möge die Arbeiterschaft durch unausgesetzte Agitation ihren Forderungen kräftigsten Nachdruck verleihen. P. L.

Berufszählung und Volksvertretung im Königreich Sachsen.

Die letzten veröffentlichten Hauptergebnisse der Berufszählung im Königreich Sachsen zeigen in selten aufreizender Weise, wie in diesem Bundesstaate auf Grund eines reaktionären Wahlsystems die Erwählten einer kleinen Minderheit sich als „Volksvertretung“ im Landesparlament aufspielen dürfen. Sachsen ist der deutsche Bundesstaat, in dem die Industrialisierung allgemein am frühesten einsetzte und am markantesten die Volksschichten verschob. Bei der Berufszählung im Jahre 1882 wurde eine Volkszahl von 3 014 832 Köpfen ermittelt. 1895 hatte sich die Bevölkerung auf 3 753 626, d. h. um 24,5 Proz. vermehrt. Die 1907 vorgenommene Zählung stellte 4 585 500 Einwohner fest, gegen 1895 eine Zunahme von 22,2 Proz. Im Laufe von 25 Jahren vermehrte sich die sächsische Bevölkerung um 52,1 Proz.!

Diese riesige Volksvermehrung hat sich aber nicht gleichmäßig auf alle Berufsweige verteilt, sondern es ist eine Verschiebung eingetreten, wie sie kaum ihresgleichen finden dürfte. Es entfielen nämlich von der Gesamtbevölkerung auf

	1882	%	1895	%	1907	%
Landwirtsch. Gärtnerei, Tierzucht etc.	602378	20,0	565292	15,1	490962	10,7
Industrie, Bergbau und Baugewerbe	1695895	56,2	2178273	58,0	2719297	59,3
Handel u. Verkehr, Gast- u. Schankwirtschaft	390675	12,0	525637	14,0	697279	15,2
Häusliche Dienste und Lohnarbeit wechselnder Art	53584	1,8	45655	1,2	47082	1,0
Essentielle Dienste, freie Berufsarten	148361	4,9	202065	5,4	251933	5,5
Berufslasse ohne Angabe des Berufes	153920	5,1	236333	6,3	378947	8,3

Die landwirtschaftliche Bevölkerung hat also absolut und relativ ganz bedeutend abgenommen! Nur noch gut 10 Proz. des Volkes waren 1907 in der Landwirtschaft, Gärtnerei, Tierzucht etc. tätig, gegen 20 Proz. 1882, eine

relative Verringerung um fast 100 Proz. innerhalb nur eines Vierteljahrhundert. Seit 1885 haben die landwirtschaftlichen Betriebe um über 18 000 abgenommen!

Gleichzeitig erfolgte eine rapide Ausbreitung der industriellen und der Handelstätigkeit. Die letzte Berufszählung erwies, daß 74,5 Proz. der sächsischen Bevölkerung in der Industrie und im Handel beschäftigt sind, damit steht das Königreich Sachsen an der Spitze der deutschen Bundesstaaten. Es betrug die Zunahme der Bevölkerung seit 1885

	absolut in %	absolut	absolut in %	
Industrie, Bergbau und Baugewerbe	541 024	24,9	1 023 102	60,3
Handel und Verkehr	171 642	30,4	336 604	93,3
Häuslichen Diensten usw.	1 427	3,1	6 502	12,1
Essent. Diensten, freien Berufen	49 868	24,7	103 572	69,8
Ohne Beruf und Berufsangabe	142 614	60,3	225 018	106,2

Die prozentuale Vermehrung der industriellen und der im Handels- und Verkehrswesen beschäftigten Landesbewohner geht weit über die Zunahme der Gesamtbevölkerung hinaus.

Mit dieser nun durch die amtliche Statistik festgestellten Tatsache steht die Zusammensetzung der sächsischen „Volksvertretung“ im schreienden Widerspruch. Die vorzüglich agrarische Interessen vertretenden Konservativen herrschen im sächsischen Landtag seit dem Wahlrechtsraub und werden durch das neue Wahlrecht wieder weit über Gebühr begünstigt. Das die breite Volksmasse entrechtende Pluralwahlrecht ist wieder zugeschnitten auf die Herrschaftsansprüche einer Berufsélite, die eben nur 10 Proz. der Gesamtbevölkerung umfaßt. Wie rücksichtslos die Interessen des sächsischen Volkes durch die reaktionäre „Wahlrechtsreform“ mit Füßen getreten sind, zeigen die Ergebnisse der Berufszählung jetzt mit aufscheuder Deutlichkeit.

Aus unserem Berufe.

* **Handwerkskammerliche Ehrung.** Daß die Handwerkskammern durch sogenannte Ehrung und Auszeichnung von Arbeitern, die eine 25jährige Tätigkeit in dem gleichen Betriebe aufzuweisen haben, zur Hebung und Förderung des Handwerks beitragen wollen, ist ja eine bekannte Tatsache. Nachstehend bringen wir aber die Einladung zu einer solchen Ehrungsfeier zum Ausdruck, aus der ganz besonders auffallend ist, mit welcher Wichtigkeit die Verteilung der Ehrenurkunde vorgenommen und mit welcher Offenheit gesagt wird, daß derartige lange Dienstleistungen immer mehr zu den Seltenheiten gehören. Das stimmt schon, aber daran sind nicht die Geiellen, sondern gerade diejenigen Schuld, die dies bedauern. Gerade in den Kreisen, die den Handwerkskammern nahesteht, hemmt man sich gegen jeden Fortschritt im Lohn- und Arbeitsverhältnis und zieht die jungen, „billigeren“ Geiellen vor. Deshalb ist es dann recht verwerflich, wenn gerade diese Kreise sich darüber beschweren, wenn es so wenig Geiellen gibt, die eine 25jährige Tätigkeit in ein und demselben Betrieb aufzuweisen können. In einem Gewerbe, wie dem unseren, in dem die tüchtigsten Geiellen jahraus jahrein wegen Arbeitsmangels gezwungen sind, wochenlang zu feiern und weit über 3/4 aller Meister gar keine Geiellen beschäftigen können, gehören dann solche Jubiläen gewiß zu den großen Seltenheiten.

Das Schreiben der Handwerkskammer lautet: „Es ist uns bekannt geworden, daß Sie in diesem

Malereleben in Hamburg.

Naturbild von G. L.

Du wunderst Dich, Kollege, und denkst: Das Malereleben ist doch überall das gleiche; da bist Du jedoch auf dem Holzweg.

Sobald sich der von uns bewohnte Niesenkampfen, genannt Weltall, in seinen angebliehen Um- und Verdrängungen der alles beherrschenden Sonne nähert und deren erwärmende Strahlen uns begrüßen, erwacht wohl in jeder echten Malerbrust das Gefühl, zu wandern.

Der älteste Kollege könnte alle drückenden Fesseln abstreifen und hinausziehen, hätte er nur die Gewißheit, daß die Seinen nicht darben müßten; unsere herrliche Gesellschaftsordnung zwingt ihn jedoch, zum Pfeilköcher zu werden.

Als diesem Grunde sind es vornehmlich die jungen Kollegen, die mit Freuden ihr Bündel schnüren und hinausziehen, wollen sie hoch Land und Leute aus eigener Erfahrung kennen lernen und sich in ihrem Gewerbe, in der „Kunst“ weiter ausbilden.

Sind diese Kollegen in der Lage, den Winter noch bei Mutter zu verbringen, so wird da schon beraten, welche Route im Frühjahr marschiert werden soll.

Die aus dem Norden auswandernden Kollegen sind begierig, die landschaftlichen Schönheiten des Südens kennen zu lernen; und die aus dem Süden zieht es nach Norden.

Die Hauptziele der Letzteren sind natürlich Berlin und Hamburg.

Berlin, diese Millionenstadt, ist gewiß anziehend für die jungen Kollegen, und sind gewiß reiche Erfahrungen da zu sammeln, aber wenige gehen aus diesem Grunde nach dort. Wissen doch die Kollegen, daß in Berlin und Hamburg die „höchsten“ Böhne in unserm herrlichen, vom französischen Dalles durchsetzten Deutschen Reich verdient werden. Ja, Kollegen, der Lohn muß schwer verdient werden und ist eure Leistung noch lange nicht bezahlt damit.

Nach Hamburg ist anziehend als Seestadt mit seinem regen Handelsbetrieb, dem Wasserwall in seinen großartigen angelegten Hafenanlagen. Doch fragt Du im Süden die Kollegen, die Hamburg bereist, so wird Dir unter der größten Zahl nur ein verschwindend kleiner Prozentsatz Hamburg schildern können.

Fast alle gingen nur des „hohen“ Lohnes wegen nach dort und kehrten, größtenteils, enttäuscht zurück, sobald die Arbeit knapp wurde.

Hamburg will ich Dir freilich auch nicht schildern, sondern das Leben und Treiben eines Malers dabei. Hast Du im Süden Reich und Kunst im Frühjahr arbeitslos herum, so sagen Dir oft die Kollegen: Geh

doch nach Hamburg! Da kannst Du von Stern bis Hingten so viel Geld verdienen als Du willst, da reißt sich die Meister um die Malerknechte.

Wird gemacht! sagst Du, und tippelst frohen Mutes diesem Eldorado zu.

Erst dann, wenn Du an Deinem Ziel angelangt, bist Du enttäuscht und mußt erfahren, daß diese Zeiten längst vorüber sind. Du siehst ein, daß Du das Heer der Arbeitslosen auch noch mit Deiner Person vergrößert hast, obwohl Du unterwegs schon Warnungen genug gehört, aber an Dir vorübergehen ließe.

Doch nach längerem Aufenthalt ist auch Dir das Glück beschieden und Du bekommst noch Arbeit — und was für welche!

Mit einem, ein bedeutendes Quantum Farbe enthaltenden Pott und einem aus der Fassung geratenen Quast ausgerüstet, darfst Du nun nach Herzenslust Fassaden „malen“.

Macht Dir Petrus mit dem Wetter einen Strich durch Deine sorgfältigen Berechnungen, so mußt Du natürlich so lange aussetzen, um dann um so fleißiger zu „malen“, sollen doch zu Pfingsten Hamburgs Häuser glänzen in „Del und Leer“.

Ja, Kollege! keine Arbeit, Siebel teeren.

Was, warum ich nur vom Fassaden- und Siebelteeren rede?

Es gibt auch andere Arbeiten in Hamburg, Du mußt nur warten, bis Du solche bekommst. Hast Du endlich Arbeit, vielleicht im Bau, gefunden, so wird Dir als Mittel- oder Süddeutscher ein gelindes Gruseln ankommen. Warum? Das ist sehr einfach. Im Süden hast Du „arbeiten“ gelernt, und zwar sauber. Hier in Hamburg dagegen „schmierern“ die Kollegen zu Deinem grenzenlosen Erstaunen 22 bis 24 Türen an und behaupten dann ganz entschieden, sie wären „gestrichen“. In der Woche? Du glaubst wohl, die werden gepackelt und geschliffen, wie in Deiner Heimat? Nein, Kollege, in neun Stunden wird dies Quantum geliefert.

Es gibt jedoch auch Arbeitgeber, die dagegen im Winter bei 6 1/2stündiger Arbeitszeit 26 Türen angefertigt verlangen.

Bei solcher Schmiererei kannst Du natürlich nicht mitkommen und der Schieber (Polier) wird in den meisten Fällen keinen Einfluß anwenden und Dich brotlos machen, mit wenigen Ausnahmen.

Du meinst, das könne kein Arbeitgeber verlangen, und die Kollegen müßten eine Klosettanlage in der Hofe haben, damit sie Zeilsparen. Nun, höre mal zu!

Die Arbeitgeber waren freilich nicht solche großen Schänder, aber unsere eigenen Verhandlungs-kollegen haben solche Maßleistungen freiwillig eingeführt in dem selbsttätigen Glauben: wer das größte Quantum liefert, hat

am längsten Arbeit; obwohl das ganze Jahr hindurch eine große Zahl von Kollegen arbeitslos ist.

Dieselben Kollegen solltest Du aber einmal in einer Versammlung hören. Steht da die Kündigung des bestehenden Tarifs oder gar der künftige Reichstarif auf der Tagesordnung, da kannst Du sie erkennen lernen.

Da brüllen sie von Berrat, da wollen sie keine Leistung, wollen sich nichts vorzuschreiben lassen und zeigen sich jeder Befehlung abhold. Dem eventuellen Referenten ist es dann unendlich, seine Ausführungen darzulegen und so wird er zur Beute.

Das ist die Bildung eines ziemlich Teils der in Hamburg arbeitenden „Kollegen“.

Du willst auch keine Leistungs-klausel!

Ja, Kollege, auch ich bin ein Gegner davon, aber sage mal aufrichtig: ist es nicht das kleinere Übel, wenn eine Leistung, die jeder Kollege ausführen kann, durch gegenseitige Vereinbarung festgelegt wird, gegenüber diesen überaus traurigen Zuständen? Begreifst Du, daß die Schuld an den eigenen Kollegen liegt?

Nun sieh, mit Deinen verfluchten Einreden schildere ich Dir das Verfallensleben in Hamburg, anstatt das Malereleben. Doch jetzt genug davon, zu dem Reichstarif hat jetzt die Generalversammlung das Wort.

Kannst Du einen Arbeitgeber darum beurteilen, wenn er sich solchen Eifer und Großmut der Kollegen zu Nutzen macht und dann immer solche Leistungen verlangt? —

Hast Du nun einigermaßen Glück mit der Arbeit und Du bist bis zum Herbst beschäftigt, dann sei zufrieden und schüttle sobald es Dir möglich, den Staub Hamburgs von Deinen Äußen.

Bist Du jedoch töricht genug, zu glauben, Du könntest noch mal Arbeit bekommen und das Frühjahr hien erwarten, so wirst Du bald genug unliebliche Empfindungen haben.

Hat doch ein großer Teil der Kollegen schon im Sommer empfunden, daß wir hier keine Saison, sondern nur noch Gelegenheitsarbeiter sind.

Zu Beginn des Winters ist uns der Brotkorb schon derartig hochgehängt, daß wir ihn trotz aller im Sommer geübten Sprünge nicht zu erreichen vermögen.

Der Magen beginnt seine Klageklieder anzustimmen und Deine Aufgabe ist es dann, ihn in Stimmung zu erhalten.

Deine im Sommer gebauten Luftschlösser sind zerfallen und Du mußt der Gegenwart abringen, was Dir Deine Erhaltung gebietet.

Macht Dir Dein Magen zu viel Unannehmlichkeiten und kannst Du ihn nicht beseitigen, was er verlangt, so mußt Du Dir auch da zu helfen wissen. Gib ihm ein paar Kruststücke oder ein Butterbrot, wenn Dir das möglich,

Jahre während eines längeren als 25jährigen Zeitraum in demselben Handwerksbetriebe tätig gewesen sind. Da in der heutigen Zeit eine derartig lange Dienstleistung in dem gleichen Betriebe immer mehr zu den Seltenheiten gehört, so haben wir die Einführung getroffen, derartig verdienende Handwerksgejellen eine Ehrenurkunde zur Erinnerung an die verdienstvolle Tätigkeit zu überreichen. Auch Sie sind uns von dem hiesigen Innungsanschuß für eine derartige Auszeichnung vorge schlagen worden. Wir möchten Veranlassung nehmen, Ihnen im Kreise von Handwerkskollegen die Ehrenurkunde auszuhandigen und laden wir Sie auf Sonntag den ein, wo der Innungsanschuß eine Familienfeier veranstalten wird. Erwachsene Familienangehörige von Ihnen haben zu dieser Feier ebenfalls Zutritt. Wir bitten Sie um pünktliches Erscheinen und begrüssen Sie inzwischen mit Hochachtung
Handwerkskammer zu"

* Gegen die Malakstener, wie sie in dem Bußet der neuen Steuervorlagen der Reichsregierung vorgesehen ist, richtet sich eine Petition, die in sachgemäher Begründung der Hauptvorstand der Arbeitgeberverbände für das deutsche Malergewerbe an den Reichstag bezw. Bundesrat gerichtet hat.

Ebenfalls hat der gleiche Hauptvorstand an den Reichstag eine Eingabe um Errichtung eines Reichsstarikamtes in Berlin gerichtet. Wie unseren Kollegen schon berichtet worden ist, soll dem Reichsstarikamte die Aufgabe obliegen, bei Tarifstreitigkeiten in letzter Instanz vermittelnd einzugreifen und zwar besonders bei solchen Tarifverträgen, deren Normalbestimmungen für das ganze Reich einheitlich sind.

* Verunsachfall. Gelsenkirchen. Beim Anbringen eines Firmenschildes stürzte der Anstreicher Heinrich Ortjohann aus sechs Meter Höhe von der Leiter. Er schlug so unglücklich mit dem Kopfe auf das Straßenpflaster, daß er einen Schädelbruch erlitt, der nach einigen Stunden den Tod herbeiführte.

Zahresberichts des 2. Bezirks für 1908.

Der zweite Bezirk hat durch die Neueinteilung der Bezirke auf der letzten Generalversammlung eine weitere Vergrößerung erhalten; er umfaßt nunmehr die Provinz Hessen-Nassau, das Großherzogtum Hessen, die Regierungskreise Koblenz und Trier von der Rheinprovinz und den angrenzenden bayerischen Kreis Aschaffenburg.

Die bereits im letzten Jahresbericht eingehend geschilderte Geschäftslage hat sich auch in der Berichtszeit erheblich verschlechtert. Wenn auch in einigen Arbeitsorten, wie in Cassel, Coblenz, Gießen, Marburg, Saarbrücken und einigen kleineren Orten in der ersten Hälfte des Jahres noch eine mittelmäßige Konjunktur vorhanden war, so flaute sie aber in der zweiten Hälfte gleichfalls ganz erheblich ab und führte bereits zu einer größeren Arbeitslosigkeit. Nicht besonders ungünstig war die Geschäftslage in den Arbeitsorten Darmstadt, Frankfurt, Fulda, Hersfeld, Mainz, Oberstein, Trier, Wiesbaden und Worms. Die Bautätigkeit, die in diesen Orten schon 1907 und zum Teil auch schon 1906 ganz erheblich im Niedergang begriffen war, setzte ihre rückläufige Bewegung weiter fort. So wurden z. B. in Frankfurt vom April 1907 bis April 1908 nur noch 303 Wohnhäuser gebaut, gegenüber 967 im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Und in den anderen angeführten Orten ist das Bild noch weit ungünstiger. Da sich auch das Immobilien-

und Hypothekengeschäft fortwährend verschlechterte, wurden auch die Privatarbeiten ganz ungünstig beeinflusst. Während in den früheren Jahren bereits im März und April eine starke Nachfrage nach Arbeitskräften vorhanden war, waren im letzten Jahr Ende März von den Mitgliedern der Filiale Frankfurt noch 304 Kollegen arbeitslos. Auch in Darmstadt waren um diese Zeit noch über hundert Kollegen, die keine Arbeit hatten, und nicht viel geringer war die Zahl der Arbeitslosen in Mainz und Wiesbaden. Viele Kollegen haben im vorigen Jahr überhaupt keine Arbeit im Verufe gefunden und sind zu einer anderen Beschäftigung übergegangen.

Auch die Arbeitsnachweise geben ein Bild von der ungünstigen Situation im Wirtschaftsleben. So entfielen z. B. auf den Arbeitsnachweis der Filiale Frankfurt a. M. im Juni auf 100 offene Stellen bereits 171 Arbeitsuchende und im August sogar 331. Bei dem städtischen Arbeitsnachweis war das Bild für unseren Beruf noch ungünstiger; es entfielen daselbst im Juni auf 100 offene Stellen 211 Arbeitsuchende und im August sogar 408. In den folgenden Monaten ist natürlich das Angebot der Arbeitsuchenden noch ein bedeutend größeres. Die Wirkung der wirtschaftlichen Krisis kommt also bei allen Vergleichen und Rückschlüssen ganz gewaltig zum Ausdruck.

Unter diesem ungünstigen Wirtschaftsbild wurde naturgemäß auch die Entwicklung der Organisation im 2. Bezirk recht nachteilig beeinflusst, jedoch der seit dem Jahre 1902 anhaltende Zugang ins Stocken geraten ist. Aber trotzdem ist das Jahr 1908 für den zweiten Bezirk eines der bedeutungsvollsten seit seinem Bestehen, denn die Stärke einer Organisation kommt nicht allein in der Zahl ihrer Mitglieder und Finanzen zum Ausdruck, sondern auch in ihrer inneren Festigkeit und vor allem in der solidarischen Kraft, von der die Mitglieder in der Organisation befeht sind, um sich auch mit den Gegnern, wenn es notwendig ist, messen zu können. Und nach dieser Seite hatte der zweite Bezirk eine ganz gewaltige Belastungsprobe zu bestehen, um den Ansturm der „vereinigten Gegner“ abzuwehren. Mit Hilfe der Christlichen, Kirch- und Dunderischen und Nichtorganisierten - glaubte der Arbeitgeberverband den „sozialdemokratischen“ Verband niederzuringen zu können. Diese Hoffnung der Arbeitgeber trat jedoch nicht in Erfüllung und ihre Enttäuschung über die Stärke der „Verbündeten“ wurde immer größer. Aber auch die erhoffte Stärkung des Arbeitgeberverbandes trat nicht ein, im Gegenteil, bei den organisierten Arbeitgebern gab es viele „Anzweifler“, die gemeint haben, daß es möglich gewesen wäre, ohne Ausperrung auf Grund der bereits eingeleiteten Verhandlungen durch die Landesvorständen und unsere Bezirksleiter zu einer Einigung zu kommen. Von den Arbeitgebern wurde auch vielfach die Ansicht vertreten, daß nun die Zeit gekommen sei, einen Tarif in ihrem Sinne ohne jede Lohn- und Löhnerhöhung zu schaffen. Diese Rechnung ist aber ohne den Wirt gemacht worden, und man kann es den „enttäuschten“ Arbeitgebern nicht verdenken, wenn sie sich darüber ärgern, daß sie trotz alledem die Beche bezahlen mußten.

Aber nicht nur der gemeinsame Ansturm der „verbündeten Gegner“ wurde im verfloffenen Jahre abgewehrt, sondern in mehreren Arbeitsorten gelang es sogar zum ersten Male, eine Regelung des Lohn- und Arbeitsverhältnisses durch Abschluß von Tarifverträgen herbeizuführen. Mit 22 Tarifverträgen wurde das Jahr begonnen und mit 30 beendet. Die wirtschaftliche Krisis hat also keineswegs die kulturelle Entwicklung anhalten können.

Da infolge der ungünstigen Verhältnisse viele Kollegen zu einer anderen Beschäftigung übergegangen sind, hat sich die Zahl der Organisationsfähigen wesentlich vermindert und kommt dies auch in der Biffer der Neuaufnahmen ganz besonders zum Ausdruck. Im Jahre 1907 wurden, ohne die Filiale Cassel, 2517 Aufnahmen gemacht, 1908 waren es dagegen nur 1269. Die eigenartigen Wohnungsverhältnisse der Kollegen im 2. Bezirk — es wohnen über die Hälfte der Kollegen in entlegenen Landorten — erschweren natürlich die Agitation außerordentlich und die Bearbeitung des ausgedehnten Zahlstellenbezuges erfordert eine recht intensive und vielseitige agitatorische Betätigung.

Am Schlusse des Jahres 1907 zählte der Bezirk 228 Zahlstellen; die Filiale Cassel brachte bei ihrem Uebertritt zum Bezirk 28 Zahlstellen; neu gegründet wurden 8, aufgelöst oder mit anderen Zahlstellen vereinigt wurden 19, sodas am Schlusse des Jahres 245 Zahlstellen vorhanden waren. Davon entfallen auf die Filiale Frankfurt 100, Wiesbaden 81, Cassel 27, Darmstadt 26, Gießen 23, Friedberg 13, Mainz 12, Saarbrücken 6, Coblenz 5 und auf Marburg und Oberstein je 1 Zahlstelle. Die größeren Filialen bilden also innerhalb des Bezirks wieder einen gewissen Bezirk für sich, der ihnen zur Bearbeitung zugewiesen ist. Die Bewältigung einer solch weitverbreiteten Organisationsgliederung ist natürlich nur dadurch möglich, daß außer den angestellten Filialbeamten eine Anzahl agitatorischer Kräfte tatkräftig in der Agitation mithelfen. Auf die Heranbildung agitatorischer geschulter Kollegen ist daher auch für die Folgezeit ein großer Wert zu legen.

Die Zahl der Filialen hat sich nur unwesentlich verändert. Der Wirkung der Krise vermochten die Filialen Hersfeld und Lauterbach nicht standzuhalten und gingen im zweiten Quartal ein, da die Kollegen zum größten Teil abgereist waren. Neu hinzu kam die Filiale Cassel, sodas am Jahreschlusse 14 Filialen vorhanden waren. Rechnet man hierzu die Zahlstellen, so ergibt sich, daß der Verband am Jahreschlusse im 2. Bezirk in 259 Orten organisatorische Stützpunkte mit insgesamt 5425 Mitgliedern besitzt. Im Jahresdurchschnitt ergeben sich 6060 Mitglieder. Davon wurden am Jahreschlusse 484 als Mitglieder gezählt. Die Dauer der Zugehörigkeit zur Organisation zeigt, daß die meisten Mitglieder dem Verbands länger wie ein Jahr angehören. Nur 697 Mitglieder oder 12 Prozent waren noch kein Jahr Mitglied, während die übrigen sich auf folgende Mitgliedsklassen verteilen: 1—2 Jahr 945 = 17,8 Prozent; 2—3 J.: 745 = 13,7 Proz.; 3—4 J.: 693 = 12,2 Proz.; 4—5 J.: 554 = 10,5 Proz.; 5—6 J.: 464 = 8,7 Proz.; 6—7 J.: 267 = 4,9 Proz.; 7—8 J.: 164 = 3,1 Proz.; 8—9 J.: 113 = 2,1 Proz.; 9—10 J.: 219 = 4,1 Proz.; 10—11 J.: 324 = 6,3 Proz.; 11—12 J.: 165 = 3,1 Proz.; 12—13 J.: 69 = 1,2 Proz.; 13—14 J.: 4; 14—15 J.: 1 und über 15 Jahre 11 = 0,2 Prozent.

Durch diese Biffern kommt die innere Festigkeit des Verbandes ganz eklatant zum Ausdruck.

Von erheblichem Einfluß auf die Organisation ist die finanzielle Leistungsfähigkeit der Filialen und zeigt sich diese vor allem in der Beitragsleistung. Mit Ausnahme von einer Filiale mit 58 Mitgliedern zahlen alle Filialen einen höheren als den statutarischen Beitrag. 266 Mitglieder zahlten im Sommer einen Beitrag von 55 J und 5100 Mitglieder einen solchen von 60 J pro Woche. In den Winterwochen zahlten 137 Mitglieder 20 J, 4722 Mitglieder 25 J und 566 Mitglieder 30 J Beitrag pro Woche. Diese erfreuliche Opferwilligkeit hat nicht allein die Agitationskraft vermehrt, sondern auch zur Ansammlung von bedeutenden Lokalvermögen geführt. Trotzdem einige Filialen bei den Kämpfen im letzten Jahre an 10 000 A für lokale Streikunterstützung verausgabten, stieg das Lokalvermögen von 11 905 A auf 15 469 A.

An die Hauptkasse hatte der Bezirk recht erhebliche Anforderungen gestellt; nicht allein in bezug auf die Streikunterstützung, sondern auch die übrigen Unterstützungsabzweige erbeischten ganz erhebliche Aufwendungen. Mit Recht kann daher betont werden, daß der Verband auch zur Linderung der sozialen Notlage ganz erheblich beigetragen hat, selbst wenn uns auch die wichtigste Unterstützungsabzweige, die Arbeitslosenunterstützung, noch fehlt.

Die Gesamteinnahmen aus Beiträgen und Eintrittsgeldern im zweiten Bezirk betragen 131 535,90 A; an Unterstützungen wurden von der Hauptkasse ausbezahlt: Streikunterstützung 127 069,21 A; Krankenunterstützung 22 166,40 A; Sterbegeld 3160 A; Maßregelungsunterstützung 1083,68 A; Rechtschutz 237,48 A und Reisegeld 1636,58 A; in Summa 155 353,30 A. Außerdem verausgabten die Filialen noch 11 562,98 A für Unterstützungsabzweige aus lokalen Mitteln. Aus diesen Zahlen geht der klare Beweis hervor, daß der Verband in der ausgiebigsten Weise die Selbsthilfe für seine Mitglieder betätigt hat.

Der durchschnittliche Markennuß pro Mitglied ist im Jahre 1908 geringer wie in den früheren Jahren; er betrug 1906: 49,3; 1907: 49,6 und 1908 nur 46 Beitragsmarken pro Mitglied. Die frühere Abrechnung im 4. Quartal und die große Arbeitslosigkeit dürften indessen die Ursache sein, die die Beitragsleistung ganz wesentlich ungünstig beeinflusst haben. Jedoch ist keineswegs zu verkennen, daß teilweise auch die Hauskassierung, die im ganzen Bezirk durchgeführt ist, noch besser hätte funktionieren können. Die meisten Mißstände, die auf diesem Gebiete zu verzeichnen sind, bestehen darin, daß nicht immer die geeigneten Kollegen, die sich mit Lust und Liebe diesem mühevollen Posten unterziehen wollen, gewonnen werden.

Die Filiale Frankfurt hat mit ihrem besolbten Ein-kassierer gute Erfahrungen gemacht und es wird ernstlich zu erwägen sein, ob dieser Frage nicht auch in anderen Filialen des Bezirks näher zu treten ist.

Auf den Ausbau der Verwaltungen ist auch in der Berichtszeit die größte Aufmerksamkeit gelenkt worden. Wenn auch in den letzten Jahren darin manches besser geworden ist, so darf aber keineswegs verkannt werden, daß es auf diesem Gebiet noch viel zu tun gibt. Dem Ausbau des Vertrauensmännerstems in den Zahlstellen und Werkstellen ist die größte Bedeutung beizumessen, weil es die Grundlage für einen gut funktionierenden Verwaltungskörper bildet. Durch Einführung von Lokalbestimmungen in den meisten Filialen dürften für die Folgezeit hinreichende Fingerzeige in dieser Frage gegeben sein.

Die Einhaltung der Bundesratsverordnung zur „Verhütung von Meierkrankungen“ ist auch in der Berichtszeit keine bessere geworden. Wenn auch die Zahl der revidierten Betriebe nach dem Bericht der Gewerbeinspektoren für Hessen zugenommen hat, so besagt das bezüglich der Einhaltung der Verordnung im allgemeinen noch gar nichts. So lange man nicht für eine ausreichende Kontrolle sorgt und nicht auch dazu übergeht, die Arbeitsstellen einer Kontrolle zu unterziehen, dürfte die Verordnung im allgemeinen wirkungslos bleiben. Nicht minimal ist die Zahl der revidierten Betriebe in den preussischen Inspektionsbezirken. Insgesamt nur 97 Revisionen fanden in den Regierungsbezirken Cassel, Coblenz, Trier und Wiesbaden statt.

Der „Bauarbeiterzuschuß“ läßt ganz besonders in den kleinen Arbeitsorten sehr viel zu wünschen übrig. Wird in den größeren Arbeitsorten durch die Kontrolle der Bauarbeiter selbst auch die Behörde zu einer schärferen Kontrolle und Einhaltung der Schutzbestimmungen veranlaßt, so kümmert sich aber in den kleinen Orten die Behörde nahezu gar nicht um die Durchführung der Schutzmaßnahmen.

Im dem Stand der gegnerischen Organisationen hat sich in der Berichtszeit wenig verändert. Die „Hirsche“ haben noch ihre paar Mitglieder in Saarbrücken und Worms. Auch der christliche Verband dürfte sich trotz seiner strupellosen Agitation keiner Fortschritte zu erfreuen haben. Selbst sein Verhalten bei der Ausperrung konnte ihm die so notwendige Stärkung des Verbandes nicht bringen. Seit 1. Januar 1908 ist die Zahlstelle in Frankfurt zu einer Bezirkszahlstelle umgewandelt, der ein „Bezirksleiter“ vorsteht. Das vorher bestandene Sekretariat für ganz Süddeutschland scheint sich demnach nicht bewährt zu haben. Laut eingesandter Abrechnungen hätte der christliche Verband im Bereich des zweiten Bezirks Zahlstellen in Cassel, Coblenz, Frankfurt, Schweinheim (Aschaffenburg) und Trier. In letzterer Stadt besteht auch noch eine Fachabteilung des katholischen Arbeitervereins (Berliner Richtung). Die Zahl der ermittelten Mitglieder der gegnerischen Organisationen dürfte 265 nicht übersteigen. Es ist dies ein recht winziges Häufchen, das der Arbeitgeberverband unteren 5425 Mitgliedern gegenüberzustellen vermag.

Auch der Arbeitgeberverband hat im Berichtsjahr keinen Zustrom von Mitgliedern erhalten. Am 1. Juli 1908 zählte er im Großherzogtum Hessen und der Provinz Hessen-Nassau 508 Mitglieder und im übrigen Teil des Bezirks dürften nicht viel über 100 organisiert sein. Gegenüber den 2000 vorhandenen Arbeitgebern ist es also erst eine kleine Zahl, die der Arbeitgeberverband umfaßt.

In Lohnbewegungen war die Berichtszeit mit eine der bedeutungsvollsten für den zweiten Bezirk. Insgesamt 20 Bewegungen, ohne die Fälle, wo wir mit anderen Berufen in Mitleidenschaft gezogen wurden, waren zu verzeichnen. Davon verliefen 7 ohne Streit; in 8 Fällen gingen wir zum Angriff über; in 10 Fällen sprangen die Unternehmer aus und in einem Falle griffen wir zum Abwehrstreik. Durch Bewegungen anderer Berufe waren

rauche eine Pfeife Tabak dazu und Du wirst sehen, er vernimmt sich einige Zeit, in der Meinung, er habe ein warmes Mittagessen erhalten.

Hast Du diese Täuschung oft genug angewendet, so fügt er sich dazwischen und läßt nur zeitweise ein leises Murren hören.

Da wir hier im Sommer schon zum Gelegenheitsarbeiter geworden, scheuen wir uns gleich im Winter nicht, Gelegenheitsarbeit zu verrichten, und so werden wir, wenn grad mal Leute gebraucht werden, „Natarbeiter“ am Hafen.

Du denkst, das ist ja wirklich romantisch, Maler — Natarbeiter!

Die Romantik verliert sich jedoch bald, denn da heißt es im Winter um 4 bis 1/2 Uhr morgens aus den Federn sein, damit man um 1/4 Uhr an Ort und Stelle ist.

Tage und Wochen hindurch kannst Du vergeblich laufen, bis Dir das Glück günstig und Du für einen oder einige Tage Arbeit bekommst, denn darauf warten Tausende von Arbeitslosen.

An der Arbeitsstelle angelangt, bekommst Du eine Transportkarre, da werden Dir Säcke oder Ballen im Gesamtgewicht von 8 bis 12 Zentnern darauf geladen und damit kühlerst Du im Schuppen einher, bis zu dem angegebenen Platz, da wird die Karre entladen, und so geht es weiter bis 6 Uhr abends, 10 Stunden. Um 6 Uhr nimmst Du Deinen verdienten Lohn, die horrenden Summe von 3.40 A, in Empfang und pendelst dann, müd und zerschlagen, Deinen heimatischen Penaten wieder zu, froh, Deinem Wagen einen Feiertag bereiten zu können, pilgerst Du täglich nach dort, solange Du das Glück hast, wenigstens Arbeit zu erhalten.

Ähnlich wie hier geht es in so vielen Städten, und doch ist es unbegreiflich, wie viele unserer Kollegen noch der Organisation fernstehen.

Guch, organisierten Kollegen, denen dieses kleine Naturbild geschrieben ist, rufe ich zu: Bwingt die kühnen und gleichgültigen Kollegen mit allen zu Gebote stehenden Mitteln in unsere Organisation, klärt die Unigen, unwissenden auf!

Scheut keine Mühe, keinen Verdruß, denn sobald wir sämtliche brauchbaren Kollegen für unsere Organisation gewonnen haben, werden wir auch in der Lage sein, uns das zu eringen, was wir zum Leben bedürfen.

Wir werden nicht mehr gezwungen sein, unsere Arbeitskraft, die unser einziges Vermögen ist, für jeden Preis zu verkaufen und werden auch unsern Wagen solch unliebame Vorpfelegungen ersparen können. Darum nochmals: Sinein in die Organisation, um jeden Preis!

wir in fünf Fällen in Mitleidenschaft gezogen und in fünf Fällen kam es wegen Lohnabzüge zu Differenzen, die teils durch Eingriff der Arbeiter selbst oder durch eine Organisation erledigt wurden.

Die Lohnbewegungen ohne Streik fanden statt in Ludingen, Coblenz, Cronberg, Frankfurt (Ladierer von Strud u. Friedrich), Soden i. T. und St. Ingbert. Insgesamt waren daran 245 Kollegen beteiligt; in allen Fällen kam es zum Abschluß eines Tarifs und zwar, mit Ausnahme der Wagenfabrik Strud, überall zum erstenmal.

Im Angriffstreik kam es in Friedberg-Mannheim, Frankfurt a. M. (Stabiker) und in Hann.-Münden; zum Abwehrstreik in der Webstofffabrik Pfannebecker u. Kuhn in Worms wegen Lohndreherung.

Von den neun Fällen, wo die Unternehmer zur Ausperrung übergingen, entfallen acht auf die allgemeine Ausperrung des Arbeitgeberverbandes und sind es die Lohngelände Darmstadt, Frankfurt, Hanau, Höchst, Homburg, Offenbach, Wiesbaden und Worms. Die andere Ausperrung entfällt auf die Nähmaschinen- und Fahrradfabrik Opel in Rüsselsheim.

In Ludingen in Oberhessen wurde durch den abgeschlossenen Tarif die Arbeitszeit von 11 auf 10 Stunden reduziert und eine Lohnerhöhung von 1,25 bis 4 % pro Woche erzielt. Die Arbeitgeber stellten sich anfänglich recht hartnäckig den Forderungen gegenüber und glaubten die Sache ohne den Verband abmachen zu können. Doch die Einigkeit der Kollegen beehrte sie eines Besseren und bei den hierauf stattgefundenen Verhandlungen kam es zur Einigung.

In Coblenz war es endlich an der Zeit, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse einer Besserung zu unterziehen. Auf die eingereichten Forderungen gaben die Arbeitgeber zunächst keine Antwort; durch persönliches Vorgesprechen beim Vorsitzenden des Arbeitgeberverbandes wurde uns der Weisheit, daß die Bewegung an den Gauvorstand nach Worms gemeldet sei. Von dort traf alsdann auch der Beschluß ein, daß die Coblenzer Arbeitgeber nicht verhandeln dürften, weil die Verhandlungen in Mannheim sich zerschlagen resp. wir die Verhandlungen abgebrochen hätten. Damit hatten die Arbeitgeber auch Coblenz unter die allgemein strittigen Orte gebracht, die dann nach dem Berliner Schiedspruch geregelt wurden. Bei den örtlichen Verhandlungen kam es aber nochmals zu Differenzen über die Höhe des bestehenden Durchschnittslohnes. Da eine Einigung hierüber nicht zu erzielen war, weil die Arbeitgeber unsere Statistik bestritten, kam es zur Feststellung der Durchschnittslöhne durch ein örtliches Schiedsgericht. Dies stellte denn auch einen Durchschnittslohn von 33 % für die Gehilfen unter 20 Jahren und von 39 % für solche über 20 Jahre fest; die tariflichen Lohnsätze mußten mithin auf 35 und 41 % festgesetzt werden.

In Cronberg i. T. wurde mit den einzelnen Meistern ein Tarif abgeschlossen, der die 10stündige Arbeitszeit und einen Lohn von 50 % für Gehilfen über 20 Jahre und einen solchen von 41 % für solche unter 20 Jahren vorsieht. — In Frankfurt wurde mit der Hofwagenfabrik Strud der abgelaufene Tarif erneuert und dadurch eine Erhöhung der Löhne um 2 bis 3 % pro Stunde erzielt. In der Wagenfabrik Friedrichs kam zum ersten Male ein Tarif zustande, der eine Verkürzung der Arbeitszeit und eine Erhöhung des Lohnes brachte. — Auch in Soden a. T. kam es durch den Abschluß des Normaltarifs in Verbindung mit Höchst zu einem Tarif. Die darin festgelegten Lohnbestimmungen waren aber bereits schon vorher von den Unternehmern durch örtliche Verhandlungen zugestimmt. — Die Arbeitgeber von St. Ingbert (Wfalz) wünschten im November noch den Abschluß eines Tarifs auf der Grundlage des Normaltarifs. Durch Verhandlungen mit dem Vorsitzenden und Schriftführer des Landesverbandes für die Pfalz und den dortigen Arbeitgebern kam dann auch eine Einigung zustande, jedoch bestehen über die später zwischen den örtlichen Kommissionen vereinbarte Leistung noch Differenzen.

Von den Angriffstreiks ist besonders derjenige von Hann.-Münden hervorzuheben, denn der Friedberg-Mannheimer Streik steht in engstem Zusammenhange mit der fünf Tage später einsetzenden Ausperrung in Süddeutschland. Über auch der Streik in Hann.-Münden hängt insofern mit der allgemeinen Bewegung zusammen, als die Arbeitgeber den Berliner Schiedspruch nicht anerkannten. Dazu konnte sie auch nicht der Arbeitgeberverband bewegen und sie ließen sich lieber aus demselben ausschließen. Der Kampf wurde mit der größten Hartnäckigkeit geführt, die Unternehmer lehnten brüsk jeden Einigungsversuch ab; aber auch unsere Kollegen hielten treu zu ihrer Sache. Es gelang ihnen jedoch nicht, die kleinen Scharfmacher in Hann.-Münden zu bezwingen. Diese werden noch lange an die geschlagenen Wunden denken.

Die am 19. April in Süddeutschland inszenierte Ausperrung hat ihre Vorläufer in der Tarifkündigung für Frankfurt, Friedberg-Mannheim, Hanau, Homburg und Offenbach durch den Vorsitzenden des Landesverbandes für Hessen-Nassau.

In Darmstadt hatten wir den Tarif bereits im Dezember 1907 gekündigt. Es fand auch eine Verhandlung statt, bei der man jedoch sofort wahrnehmen konnte, daß es den Unternehmern nicht um ein annehmbares Angebot zu tun war, sondern sie schlugen vor, den alten Tarif ohne jede Verbesserung zu verlängern. Am 21. Februar fanden dann in Mannheim zwischen dem Landesverbandsvorsitzenden für Waben, Hessen, Hessen-Nassau und die Pfalz die ersten Verhandlungen mit den in Betracht kommenden Bezirksleitern statt. Am 28. Februar fanden diese ihre Fortsetzung und das Ergebnis war, daß ein Vertragsmuster für einen Normaltarif, vorbehaltlich der Zustimmung der Filialen und des Verbandsvorstandes, zustande kam. Die Verhandlungen sollten nun in den einzelnen Lohngebieten ihren Fortgang nehmen, um die Arbeitszeit, die Lohnfrage und die Zuschläge für Ueberstunden u. z. zu regeln. Doch zu diesen Verhandlungen kam es nicht und es wurde von den Arbeitgebern auf einmal die Beteiligung der anderen Organisationen aufgeworfen. Der 18. März, der als Endtermin für die örtlichen Verhandlungen festgesetzt war, verstrich, ohne daß die Verhandlungen auch nur in einem Ort stattfanden. Es traf vielmehr am 18. März ein Schreiben von dem Landesverbandsvorsitzenden Schmer ein, wonach die Arbeitgeber jede Erhöhung des Lohnes ablehnten, solange nicht eine Gewähr für eine bestimmte Leistung gegeben sei. Man konnte nun sofort wahrnehmen, daß nun andere Hände dabei im Spiel waren und einige Tage später kam dann auch die Einladung zu jener denkwürdigen Sitzung am

28. März in Mannheim im „Wilden Mann“. Von da ab sind die Kollegen eingehend durch die Berichte im „W. A.“ unterrichtet, so daß es sich erübrigt, an dieser Stelle nochmals näher auf den ganzen Kampf einzugehen. Ausgeperrt wurden 2000 Kollegen in den acht Lohngebieten; abgereist sind vor und während der Ausperrung 120 Kollegen. Die Ausgeperrten verhielten sich während der Ausperrung gut; nur wenige sind den vertretenden Verbindungen der Arbeiter, aus dem Verbands ausgetreten, gesollt.

Als ein brutaler Gewalttät stellt sich die Ausperrung der Ladierer in der Fahrrad- und Motorwagenfabrik von A. Opel in Rüsselsheim dar. Auf unsere Forderung, die Akkordlöhne einer Regelung zu unterziehen und eine sichere Gewähr für die Einhaltung derselben zu geben, antwortete die Firma: „Wem's nicht paßt, kann ja gehen“. Die Firma glaubte damit einen Schwereiß abzugeben, doch sie hatte sich getäuscht. Mit Ausnahme eines einzigen Ladierers paßte es allen nicht und so wurden sie sofort entlassen. Wenn wir auch trotz dem langen Kampfe die Firma von ihrem brutalen Herrenstandpunkt nicht abbringen konnten, so wissen wir aber eins, daß der Kampf nicht ohne Einwirkung auf die materiellen Verhältnisse der Firma geblieben ist.

Nur den angeführten Bewegungen waren in fünf Fällen einige unserer Kollegen mit anderen Klassen in Mitleidenschaft gezogen und in weiteren sechs Fällen wurden den Ladierern Lohndreherungen zugunsten, die in vier Fällen teilweise zurückgewiesen wurden.

Die Einhaltung der abgeschlossenen Tarife ließ besonders in Cassel, Wiesbaden, Coblenz, Frankfurt, Höchst, Mainz, Wiesbaden und Worms teilweise zu wünschen übrig. Die Vertragsstreue einzelner Arbeitgeber hat sich dabei in „Kleinkultur“ gezeigt. Auch einzelne Organe des Arbeitgeberverbandes haben dabei versagt. Die Leistungsklausel ist noch nicht allenthalben zum Abschluß gelangt, wo sie von den Unternehmern verlangt wurde.

Am Schlusse des Jahres 1908 bestanden im Bezirk 30 Tarifverträge. Verlängert wurden auf Grund des Berliner Schiedspruches drei Verträge: Cassel, Wiesbaden und Mainz. Versammlungen und Vorgesprächen, an denen der Bezirksleiter oder ein Beauftragter der Kommission teilnahm, fanden 220 statt. Sitzungen mit den Verwaltern und Vertrauensleuten 66; Kassenrevisionen 36; Agitationssturen 12; sonstige Verhandlungen 9; Verhandlungen mit den Arbeitgebern 21 und zur Ueberwachung der Streiks und Ausperrungen dienten 49 Tage. Die Kommission hielt zur Beratung ihrer Angelegenheiten 16 Sitzungen ab. Zur Beratung der tatsächlichen Fragen anläßlich der Bewegung in Süddeutschland und zur Ausarbeitung von Grundzügen für die Leistungsklausel fanden fünf Sitzungen mit den Vertretern der in Betracht kommenden Lohngebiete statt. Ferner fand noch eine allgemeine Bezirkskonferenz für die Filialen des engeren Bezirks im November statt, in der besonders die agitatorische Tätigkeit im Winter und Frühjahr besprochen wurde. Der Bezirksleiter war aus Unlaf der geschilberten Tätigkeit am 193 und die beauftragten Kollegen am 53 Tagen außerhalb Frankfurts tätig.

Fassen wir das gesamte Bild der Tätigkeit im verflochtenen Jahre zusammen, so ergibt sich, daß eine recht arbeits- und kampfreiche Zeit hinter uns liegt. Ganz gewaltige Anstrengungen wurden an die Organisation gestellt, doch mit fester, tiefgewurzelter Kraft hat sie den Ansturm der Gegner abgewehrt und dabei ganz bedeutende Erfolge erzielt, die uns sicher auch für die Zukunft zureger Arbeit und weiterem Ausbau der Organisation anspornen werden. Hat auch die wirtschaftliche Krise zunächst eine Stockung in der Weiterentwicklung der Organisation und bei aufsteigender Geschäftstätigkeit ebenso wieder vorwärts bringen. An die Arbeit mit verstärkten Kräften! Dies soll unsere Devise für das laufende Jahr sein!

Frankfurt a. M., im Februar 1909.
S. Zimmermann.

Jahresbericht der Filiale Stuttgart.

Die Hoffnung, die wir im Jahre 1907 nach unserer 15wöchigen Streik geäußert haben, ist im letzten Jahr zu einem erheblichen Teil in Erfüllung gegangen. Trotz der schon seit 1 1/2 Jahren ganz erheblich zurückgehenden Bautätigkeit und der damit selbst im letzten Frühjahr und Sommer verbundenen Arbeitslosigkeit unserer Kollegen hat die Filiale nicht nur keinen Mitgliederverlust zu beklagen, sondern nach vollzählenden Mitgliedern gerechnet ist eine kleine Zunahme zu konstatieren. Im Jahre 1907 waren nach 52 Wochenbeiträgen berechnet 517 Mitglieder vorhanden, im Jahre 1908 waren es 540. Den höchsten Stand hatte das 2. Quartal mit 697 zahlenden Mitgliedern aufzuweisen. Der Mitgliederbestand betrug am Schlusse des 4. Quartals 573, wovon 94,2 Proz. volle 52 Wochen bezahlt haben. Die Mitgliederzahlen derjenigen Filialen, die sich ab 1. Januar der Filiale Stuttgart als Zahlstellen angeschlossen haben, sind nicht mit inbegriffen; wäre dies der Fall, so würde sich die Zahl der eingetragenen Mitglieder auf 630 erhöhen. Durch den Anschluß der kleineren württembergischen Filialen an Stuttgart ist einem schon längst gehegten Wunsch der einsichtigen Kollegen Rechnung getragen worden. Das eine steht wohl heute schon fest, daß die Einverleibung weder für die Filiale, noch für die Zahlstellen nachteilig sein kann. Bei der immer mehr und mehr sich vollziehenden Konzentration unserer Arbeitgeber ist es nahezu unerlässlich, daß sich die kleineren, nicht allzuweit auseinanderliegenden Filialen zu einem großen Ganzen zusammenschließen. Dadurch ist es nicht allein nur möglich, die Agitation mehr einheitlicher zu gestalten, sondern auch den einzelnen Verwaltungen wird die Arbeit dadurch erleichtert, als der Verkehr mit dem Arbeitgeberverband sowohl wie auch mit unserer Hauptverwaltung abgenommen wird. Diese letztere darauf verwendete Zeit kann dann zur Gewinnung neuer Mitglieder verwendet werden. Diejenigen unserer Mitglieder, die dieser Zusammenziehung pessimistisch gegenüberstanden oder gar noch stehen, werden jedenfalls durch die nach in diesem Jahr stattfindenden Tarifverhandlungen zu einer andern Ansicht kommen.

Als der Jahresabrechnung ergibt sich eine Gesamteinnahme von 18 727,98 M., davon für die Hauptkasse 11 272,57 M. Ausgabe für dieselbe 4697,30 M., so daß 6575,27 M. in bar abgeführt werden konnten. Die Abrechnung der Kassenkasse balancierte mit einer

Einnahme (inkl. 20122 M. Kassenbestand) von 7455,41 M. und 1814,31 M. Ausgabe, so daß das Solalvermögen 2641,18 M. beträgt. Das Solalvermögen um nicht mehr als 500 M. gesteigert werden konnte, hat in erster Linie keine Ursache darin, weil allein für Agitation und Demonstrationen, Entlassung der Beiträge und Zeitungsverband die Summe von 2436,62 M. ausgegeben wurde. Rechnet man dann noch für Bureaukosten und Kartellbeiträge annähernd 1000 M., so dürfte der Beweis erbracht sein, daß in sehr hausväterlicher Weise gewirtschaftet worden ist. Von vornherein schon wurde damit gerechnet, daß durch die Anstellung eines besoldeten Entlassers die Ausgaben sich nicht unmerklich erhöhen werden, aber daß diese Einrichtung bei einem erheblichen Teil von Mitgliedern nicht das ihr gebührende Verständnis gefunden hat, ist sehr zu beklagen. Die Zeit, die gebraucht wird, um sich in eine Neuerung einzuleben, sollte nunmehr vorüber sein, und darf deshalb angenommen werden, daß im kommenden Geschäftsjahre die Entlassung durch den Entlasser noch weiter ausgebaut resp. ausgedehnt werden kann, im Interesse unseres gesamten Filialgebietes. An den Orten, die wegen ihrer geographischen Lage vom Entlasser nicht besorgt werden können, ist ebenfalls eine Erhöhung von 3 auf 5 % pro verkaufte Beitragsmarke beschlossen worden, sodas wohl gesagt werden kann, es ist alles angebahnt worden, um das Kassierungsweisen auf eine gesunde Basis zu bringen.

Das Versammlungsweien bewegte sich gegenüber früher auf einem höheren Niveau, leider ließ gar häufig der Besuch zu wünschen übrig. Abgehalten wurden in Stuttgart selbst 12 Monatsversammlungen. Bezirksleiter- und Vertrauensmannversammlungen fanden ebenfalls 12 statt und wurden die meisten Angelegenheiten rein geschäftlicher Natur dort erledigt, dadurch wurden die Versammlungen entlastet und nur deshalb war es möglich, in 8 Versammlungen beherrschende Vorträge halten zu lassen. Das Bezirksleiterweien soll im kommenden Jahr nach einem Beschluß der Jahresversammlung noch präziser ausgeprägt werden. Der Vorstand erledigte seine Arbeiten in 20 Verwaltungssitzungen. Bezirks- und Zahlstellenversammlungen waren 71 notwendig. Neugewählt wurden drei Zahlstellen.

Die Sektion der Ladierer hielt ebenfalls einige Versammlungen ab, jedoch war die Teilnehmerzahl immer so gering, daß Erwägungen angestellt werden mußten, ob für die Zukunft diese Versammlungen beibehalten werden sollen. Zu bedauern wäre es allerdings, wenn letzteres zutrafte werden müßte.

Durch die im Frühjahr erfolgte Ausperrung, von der zwar Stuttgart direkt nicht betroffen wurde, wuchs in ganz erheblicher Weise die Arbeit an, einestheils deshalb, weil in einigen Zahlstellen die Kollegen teilweise ausgesperrt wurden, und andererseits durch die ganz eminente Jurisic arbeitsloser resp. ausgeperrter Kollegen. Jedoch konnten dieselben nahezu alle untergebracht werden in der näheren und weiteren Umgebung Stuttgarts.

In Lohnbewegungen ist außer der Ausperrung noch der dreiwöchige Streik in Ruffenhau zu erwähnen, der trotz aller Hartnäckigkeit des Vorsitzenden vom Arbeitgeberverband mit einem Tarifabschluß endete. Der Tarif wurde ohne die geringste Veränderung von sämtlichen Arbeitgebern unterzeichnet.

In Gaildorf kam es ebenfalls zu einem eintägigen Streik, weil die Firma Sacke u. Rothmann die Stuttgarter Tarifbestimmungen bezüglich der Bandzulage nicht einhalten wollte. Auch dieser Streik hat mit einem Erfolg für uns geendet. In beiden Fällen ist der glückliche Ausgang nur der Geschlossenheit unserer dort beschäftigten gewesenen Kollegen zuzuschreiben, denn nicht ein einziger wurde zum Verräter. Weniger befriedigend ist die Bewegung der in der Hofwagenfabrik Wägel beschäftigten Ladierer ausgefallen. Dieser Herr hat es verstanden, die schlechte Konjunktur in der richtigen Weise auszunützen, und wurde er darin von einigen Nachkollegen würdig unterstützt.

Gar häufig machte es sich notwendig, eine ganze Reihe von Arbeitgebern an die tariflichen Bestimmungen zu erinnern. Wir waren uns von vornherein schon bewußt, daß es nicht leicht sein wird, dem Tarif, welcher erstmals am 1. Januar 08 in Kraft trat, in jeder Werkstelle Geltung zu verschaffen, daß es aber Firmen gibt, die bei der Bevölkerung allgemein in gutem Ansehen stehen, die im Spätjahr den Lohn reduzieren und zwar unter die tariflichen Sätze, das hätte man sich doch nicht vorgestellt. Und wenn solche Firmen, die in der Hauptsache staatliche Arbeiten (altes Schloss — Kammer der Standesherrn — Postschekamt usw.) zu machen haben, erklären, sie können nur 43—45 % bezahlen, weil es sich nur um ganz gewöhnliche Arbeiten handle, so erweckt es unwillkürlich den Anschein, als würde daselbst keine pünktliche Arbeit verlangt. Daß dieses nicht zutrifft, kann dadurch bewiesen werden, daß dem Meister noch die Arbeit nicht peinlich genug ausgeführt werden konnte und es deshalb häufig zu heftigen Ausfritten kam. Des Rätsels Lösung ist darin zu finden, daß einfach die schlechte Konjunktur auf Kosten der Gehilfen ausgenützt wird und dann wundert man sich in Arbeitgeberkreisen noch darüber, wenn unser Verband die Konsequenzen aus einer solchen Handlungsweise zieht. Solange der Arbeitgeberverband nicht mithitt, dem Tarif in all seinen Einzelheiten überall Geltung zu verschaffen, solange kann auch nicht von uns verlangt werden, daß wir gegen dieartigen Arbeitgeber vorgehen, die die Schmutzkonzurrenz so weit treiben, daß die Folgen hiervon gar nicht abgesehen werden können. Dringend notwendig wäre es, gemeinsam da einzutreten, solange aber die organisierte Gehilfe nicht objektiv behandelt und der nicht organisierte vorgezogen wird, solange müssen wir es ablehnen, den Arbeitgebern Vorwanddienste zu leisten.

In keinem Ort und wohl auch in keinem Gewerbe hat das Submissionsweien derartige Auswüchse gezeigt wie in Stuttgart. Abgebote von 60—66 Prozent sind absolut keine Seltenheiten, sondern heimische üblich. Und längst ist es sogar vorgekommen, daß 77 Proz. abgehoben wurden, trotzdem der Anschlag nicht höher denn früher, eher niedriger ist. Beachtenswert ist, daß die ärgsten Draufgänger im Abbioten diejenigen sind, die im Jahre 1907 während des Streiks grobgezogen wurden, insofern, als denselben Arbeiten übertragen wurden von solcher Arbeitgebern, die heute erklären, es sei Sache des Gehilfenverbandes, gegen solche noblen Firmen einzuschreiten, die im Punkte Schmutzkonzurrenz das Unglaublichste leisten.

Die Zeiten, wo wir darauf hingewiesen haben, daß es so kommen wird, liegen nicht allzuweit zurück. Jede

tarifliche Regelung des Lohn- und Arbeitsverhältnisses wurde blutlings bekämpft und heute hat das ganze Gewerbe unter der früher erzeugten Anarchie zu leiden.

Sollen einmal andere Verhältnisse geschaffen werden, dann muß endlich mal der Verband als mitberechtigter Faktor in weitestem Sinne anerkannt werden. Unsere Mitglieder sind stets bereit dazu, mitzuhelfen, wenn das Vorerwähnte Tatsache wird.

Unsere Kollegen mögen aus dem Jahre 1908 die Lehre ziehen, daß durch unermüdete Arbeit und Ausdauer verhältnismäßig weniger Kollegen die Fikale innerlich erstarkt ist, daß aber im Jahre 1909 noch mehr erreicht werden muß und zwar durch die Mitarbeit möglichst vieler Kollegen. Stelle sich deshalb jeder zur Verfügung, wenn er gerufen wird, für die Organisation seinen Mann zu stellen. Weg mit allem persönlichen Haß und Hinterback, geschlossen gegen unsern Feind, den Individualismus, und gegen unsere Gegner in Arbeitnehmer- und Arbeitgeberkreisen marschieren, dann werden wir alle Mängel und Unebenheiten, die sich im Jahre 1908 gezeigt haben, ohne besondere Anstrengung beseitigen.

Bittau. (Jahresbericht.) Das Jahr 1908 war für uns ein ruhiges zu nennen, hatten wir doch die Aufgabe, die uns noch fernstehenden Kollegen zur Organisation zu bewegen, was uns ja teilweise gelungen ist. Jedoch gibt es immer noch einige, die nicht dazu zu bewegen sind und denken, durch ihr Fernbleiben sich einen Vorteil zu verschaffen. Im großen ganzen wird sich unsere Mitgliederzahl nicht mehr bedeutend erhöhen, da der Kern der Kollegen schon auf unserer Seite ist und von den noch fernstehenden nicht gerade viel zu hoffen ist; ein Teil davon würde uns auch nicht gerade Freude bereiten, wir können auf selbige auch ganz gern verzichten. — Es betrug unsere Gesamteinahme 1749.50 M., die Gesamtausgabe 1524.04 M., wovon 1229.48 M. an die Hauptkasse kommen, so daß unser jetziger Kassenbestand 225.46 M. beträgt. Marken sind 2715 zu 50 J und 1329 zu 20 J verkauft, ferner 83 Eintritts- und eine Duplikatmarkte sowie 89 Kalender. Versammlungen wurden abgehalten: 4 öffentliche und 8 Monatsversammlungen, eine Versammlung mußte wegen schwachen Besuchs ausfallen. Die Schlichtungskommission trat auf Antrag eines Arbeitgebers einmal zusammen. Unser Mitgliederbestand beträgt 93, das sind 9 mehr als im vorigen Jahre. Neu aufgenommen wurden 33 Mitglieder. Nehmen wir den hier fortwährenden schwachen Versammlungsbesuch an, so müßte man denken, die Verhältnisse in unserm Gewerbe wären hier die denkbar günstigsten. Doch das Gegenteil ist der Fall. Der Mindestlohn beträgt 34 J, langsam bewegt sich der Lohnsatz nach oben, über 40 J Stundenlohn haben nur 8 Kollegen auszuweisen. Die Arbeitslosigkeit war schon im Sommer ungünstig, viele Kollegen mußten da schon teilweise ausbleiben; in diesem Winter ist die Arbeitslosigkeit besonders groß, es werden nicht viel Kollegen durchgearbeitet haben. Wie die Verhältnisse hier liegen, ist es fast keinem Kollegen möglich, sich und seine Familie durch seinen Beruf zu ernähren. Einige Kollegen haben sich selbst noch einen Nebenerwerb schaffen müssen, bei den andern ist die Frau genötigt, noch Beschäftigung in Fabriken u. dergl. zu suchen. Unser Tarif, der im April d. J. abgelaufen wäre, ist nicht gekündigt worden, meist wegen des auf der nächsten Generalversammlung zur Beratung stehenden Reichstarifes, auch von Arbeitgebern wurde dagegen nichts getan, denn diese können getroffen mit dem jetzigen zufrieden sein. Die ungünstigen Verhältnisse der Kollegen haben hier zur Folge gehabt, daß eine große Anzahl kleiner Meister hervorgegangen ist, die ihre Höchstzahl noch nicht erreicht zu haben scheint. Die Arbeitgeber haben sich dadurch eine kolossale Konkurrenz selbst geschaffen, von Nutzen ist dies für die Gehilfenchaft natürlich auch nicht. Die Arbeitgeber sind hier auch gut organisiert, zwar haben sie eine Einigung im Preise bei der Vergütung städtischer Arbeiten unter sich erzielt, aber bei Privatarbeiten und Bauten scheint der Arbeitgeberverband keinen Einfluß zu haben, denn dort herrscht unter ihnen große Preistreiberei. Für unsere Kollegen wird es nun höchste Zeit sein, sich um ihre Lage besser zu kümmern, die Versammlungen besser zu besuchen und ihre Parthei befechtet zu legen, dann wird der Erfolg auch nicht ausbleiben. P. L.

Braunschweig. In der am 6. Februar stattgefundenen Versammlung stand das Thema: „Gewerkschaftsorganisationen“ auf der Tagesordnung. Der Kollege Buch hatte das Referat übernommen und führte hierzu aus, daß in Rücksicht darauf, daß die Arbeiter ohne Unterschied ihrer Nationalität und sonstigen Überzeugung in den Betrieben beieinander arbeiten, alle unter den gleichen Verhältnissen zu leiden hätten, es auch dringend notwendig sei, daß in ihren Organisationen sie ein einheitliches Ganze bilden, weil nur dann die gewerkschaftliche Organisation ihre Aufgabe in wirksamer Weise erfüllen könnte. Zur Führung des wirtschaftlichen Kampfes sei für religiöse und politische Meinungsverschiedenheiten kein Platz und könnten die Arbeiter sich an den bestehenden Unternehmerorganisationen ein Schulbeispiel nehmen. Weil damit zu rechnen sei, daß bei uns noch bevorstehenden Kämpfe mit weit größerer Schärfe und viel längerer Dauer geführt würden, so sollen die Arbeiter bei ihrer Agitation die Gegensätze zu den gewerkschaftlichen Organisationen nicht verschärfen, sondern die Berufsbekanntmachung darüber aufzuklären versuchen, daß durch die Verschärfung der Gegensätze der Organisation leidet. Diese Überzeugung müsse sich Bahn brechen, wenn darüber Aufklärung geschaffen würde, daß jede Organisation, ohne Rücksicht darauf, welchen Namen sie trägt, von den Unternehmern bekämpft wird, sofern sie die Interessen der Beteiligten zu fördern versucht. Die Ursachen der Organisationszersplitterung in Deutschland seien lediglich auf die Entwicklung der politischen Parteien zurückzuführen. In Bezug auf die bestehenden Wahlrechte zu den gesetzgebenden Körperschaften brauchten die bürgerlichen Parteien keine Rücksicht auf die Arbeiter zu nehmen. Mit dem Augenblick, als für den Norddeutschen Reichstag das allgemeine Wahlrecht eingeführt wurde, wurde auch bei der Fortschrittspartei das Interesse erweckt, Gewerkschaftsorganisationen zu gründen. Unter Zustimmung und Mitwirkung dieser Partei seien die Hirsch-Dunckerischen Gewerkschaften gegründet, die die Harmonie der Interessen zwischen Kapital und Arbeit in den Vordergrund stellten. Für das Zentrum lag gleichfalls kein Interesse vor, wirtschaftliche Kampforganisationen zu gründen, so

lange es der politischen Gefolgschaft der Arbeiter sicher war. Erst der Ausfall der Reichstagswahlen von 1893 ließ die Beschränkung aufkommen, daß sie ihren Einfluß auf die Arbeiter einbüßen würden und so wurden 1894 von kirchlicher Seite die christlichen Gewerkschaften gegründet, deren Entwicklung durch die bestehenden katholischen Arbeitervereine wesentlich begünstigt wurde. In denjenigen Gegenden, wo alles katholisch war, lehnte man es ab, berartige Organisationen zu errichten, und in dem Fuldaer Hirtenbrief sprach man sich stritte gegen die interkonfessionellen Arbeitervereine aus, die in jeder Beziehung kirchlichen Autoritäten unterstellt sein sollten. Die Folge war, daß sich eine neue christliche Gewerkschaftsrichtung bildete, die „katholischen Fachverbände“. Die 1869 von Schweiper gegründeten Organisationen fielen 1878 dem Sozialistengesetz zum Opfer. 1883 wurden wieder für die einzelnen Berufe Fachverbände errichtet, die bis 1890 es schon wieder auf 30 000 Mitglieder gebracht hatten. 1892 trat auf dem Halberstädter Gewerkschaftskongress aber eine Spaltung ein. Während die Zentralverbände sich auf den in Erfurt gefaßten Neutralitätsbeschluss stellten, der den Gewerkschaften nur wirtschaftliche Aufgaben zuweist, stellte sich eine Minorität auf den Standpunkt der politischen Betätigung und lehnte es ab, sich den gefaßten Beschlüssen zu fügen. Die von Sozialdemokraten gegründeten „Sozialen Fachverbände“ legelten nach und nach in das anarchische Fahrwasser. Bei Lohnkämpfen habe man mit den gewerkschaftlichen Organisationen die traurigsten Erfahrungen gemacht. Dort, wo man aus taktischen Gründen mit ihnen gemeinsam gearbeitet, hätten sie sich als unsichere Rekonstruktion erwiesen, weil sie die Harmonie mit den Unternehmern höher stellten als die Klassenolidarität. Wenn Fehler schließlich auch von allen Seiten zu verzeichnen seien, so bliebe es aber doch eine unumstößliche Tatsache, daß die Gewerkschaftszersplitterung allezeit nur zum Schaden der Arbeiterbewegung ausfallen muß, deren schädliche Wirkung darin ihre Betätigung findet, daß die Lohn- und Arbeitsverhältnisse dort am günstigsten sind, wo man mit Sonderorganisationen nicht zu rechnen hat. Die von den Unternehmern gegründeten „Gelben Vereine“ kämen als Gewerkschaftsorganisationen nicht in Betracht, aber als eine Gefahr für sie. Daß sie nicht im Interesse der Arbeiter gegründet wurden, ging zur Genüge aus der Veröffentlichung der Gebührensbriefe hervor. Weil man ferner unter allerlei Vorwänden die Arbeiter in ein politisches Fahrwasser zu führen versucht, müsse jeder Arbeiter, der noch etwas auf seinen ehrlichen Namen halte, mit Abscheu sich von diesen Vereinen abwenden. Die Diskussion war eine sehr rege und geistvolle ganz besonders das Verhalten der Gelben, die sich auch hier in einigen Fabriken breit zu machen suchten. Sodann wurde auf unsere Lohnbewegung ganz besonders Bezug genommen und die Anfrage gestellt, bis wann ein Resultat der Verhandlungen zu erwarten sei. Hierzu wurde berichtet, daß nunmehr von unseren Meistern die Behauptung aufgestellt werde, daß für Braunschweig ein Lohnsatz bestünde, trotzdem die Gehilfen ausdrücklich einen solchen bei der letzten Lohnbewegung abgelehnt haben. Der Vorsitzende legte die Situation klar und wies darauf hin, daß ohne Rücksicht auf das Resultat der Entscheidung, ob hier ein Tarifverhältnis besteht oder nicht, wir mit allen Kräften unsere Reihen zu stärken haben, um im gegebenen Augenblick unseren berechtigten Forderungen den nötigen Nachdruck zu geben. Jeder einzelne müsse sich nunmehr in den Dienst der Organisation stellen und die Fernstehenden über die Situation aufzuklären suchen, in diesem Sinne zu wirken, würde in wirksamer Weise erreicht, wenn ein jeder die Versammlung besucht, was zur Aufklärung und Bildung dringend notwendig sei.

Meerane. (Jahresbericht.) Die Agitation war im verfloßenen Jahre eine rege. Zur Aufklärung und Belehrung der Kollegen sowie zur Gewinnung neuer Mitglieder haben stattgefunden: 17 Filialversammlungen, 2 Vorstandssitzungen und 2 Versammlungen mit Vorträgen. Der Besuch der Versammlungen war ein guter zu nennen, wenn es auch noch etliche Kollegen gibt, die hier und da nur einmal erscheinen. Im April 1908 kam unser neuer, mit der hiesigen Malerinnung auf zwei Jahre abgeschlossene Tarif zur Geltung. War auch kein allzu großer Erfolg zu verzeichnen, so können wir immerhin mit dem Erreichten zufrieden sein. Hoffentlich tritt beim nächsten Tarif auch eine Verkürzung der Arbeitszeit in Kraft. Die Einhaltung des Tarifes durch die Unternehmer und unsere Kollegen geschah, soweit uns bekannt, ohne besondere Zwischenfälle. Wo Differenzen entstanden, war es Aufgabe der Lohnkommission, diesen abzuwehren. Ebenfalls wurden Kontrollkarten herausgegeben, die von den Kollegen gut aufgenommen wurden. Der Zugang von fremden Kollegen im verfloßenen Jahre war kein großer, es übernachteten in der Zentralherberge der Gewerkschaften („Schiringer Hof“) 20 Kollegen. Die Klassenverhältnisse haben sich gemäß der Beitragserhöhung in den Sommerwochen auch etwas verbessert. Am 1. Jan. 1909 war ein Kassenbestand von 154.51 M. vorhanden, am 1. Januar 1908 105.48 M. Der Mitgliederbestand war am Schlusse des Jahres 69, im Vorjahre 61 zahlende Mitglieder. Aufnahmen waren 14 zu verzeichnen. Zugeworben waren 15, abgereist 18. Die Bibliothek wurde von den Kollegen rege benutzt. Wir erwarten von den Kollegen auch im kommenden Jahre, daß sie ihre ganze Kraft in den Dienst der Organisation stellen, uns dann wird es erfreulich vorwärts gehen im Interesse unseres Verbandes.

Jahresbericht der Filiale Naumburg für das Jahr 1908. Wenn wir zurückblicken auf das verfloßene Jahr, so ist zu ersehen, daß es an Arbeit in der Verwaltung nicht gefehlt hat, trotzdem der im vorigen Jahre abgeschlossene Tarif noch ein Jahr weiterläuft. Der Arbeitsnachweis wurde infolgedessen gefördert, als er nur von einem Kollegen ständig geführt wurde, was auch zur vollsten Zufriedenheit gefahren ist. Eine von mehreren Meistern nach unserem Dafürhalten inszenierte Tarifumgebung wurde in einer mit ihnen anberaumten Sitzung geschlichtet. Die anwesenden Kollegen gewannen in dieser Sitzung einen kleinen Einblick in das Herz mehrerer so gehilfenfreundlich sein wollender Meister. Zur Beseitigung der noch am Orte üblichen Pfuscharbeiten der Gehilfen hatten die Meister beschloßen, die Gehilfen in eine ihrer Versammlungen einzuladen. Dieser Einladung waren fast alle

Meister und Gehilfen gefolgt. Der Erfolg war jedoch nur ein negativer zu nennen. — Bieleitigen Wünschen entsprechend, haben wir im verfloßenen Herbst einen Schrift-, Holz- und Marmor-Kursus errichtet. Kollege Winkler leitete diesen ohne jede Vergütung, nur könnte die Beteiligung eine stärkere sein. — Im Berichtsjahre haben stattgefunden: 21 ordentliche, 9 außerordentliche Versammlungen, 2 mit den Meistern, 6 Vorstandssitzungen, 12 Revisionen und 1 Sitzung der Schlichtungskommission sowie 3 Versammlungen auswärts. In 3 Versammlungen war Bezirksleiter Kollege Streine als Referent anwesend. — Frank waren 15 Kollegen, gegen 8 im Vorjahre. — Die Reiseunterstützung wurde bis jetzt von 32 Kollegen in Anspruch genommen, außerdem erhielten 10 Kollegen Vorkasse. Vom Arbeitsnachweis wurden von 30 Unternehmern 46 Gehilfen verlangt, zugewiesen wurden 25 Gehilfen. Mitglieder waren am Jahreschlusse 43, gegen 47 im Vorjahre vorhanden. Der Kassenbestand betrug 293.84 M. Eine Hebung der Finanzen und ein geistliches Zusammenwirken und -arbeiten sämtlicher Kollegen zum Wohle unseres Verbandes im nächsten Jahre erhoffend, wollen wir von Herzen wünschen, daß der Kleinigkeitstrüberei ein Ende bereitet wird; denn nur dann ist es möglich, mit vereinten Kräften etwaigen scharfmacherischen Gelüsten entgegenzutreten zu können.

Jahresbericht der Filiale Bielefeld.

War schon im Jahre 1907 eine ungünstige Konjunktur zu verzeichnen und waren selbst in den besten Monaten arbeitslose Kollegen vorhanden, so wurde diese Situation im Jahre 1908 durch die sehr stark einsetzende Krise noch bedeutend verschärft. Wenn trotzdem die Organisation vorwärts gekommen ist, so ist damit bewiesen, daß der Organisationsgedanke endlich festen Fuß gefaßt hat. Das Lohn- und Arbeitsverhältnis wurde im Jahre 1907 zum ersten Male tariflich geregelt; es war somit unsere Aufgabe, besonders auch bei denjenigen Arbeitgebern, die dem Arbeitgeber-Verbande nicht angehörten. Bei der Firma Schimmelbauer wurde durch das einmütige Vorgehen der dort beschäftigten Kollegen die Anerkennung des Vertrages und für 13 Beteiligte eine sofortige Lohn-erhöhung von 2 J für die Stunde errungen. Die Schlichtungskommission mußte mehrmals zusammentreten, um vorhandene Differenzen zu schlichten. — Im Vordergrund des Interesses stand infolge des abgeschlossenen Normal-Tarifvertrages die Verlängerung unseres Vertrages bis zum 31. Dezember 1909. Der schlechten Konjunktur wegen und um eine einheitliche Aktion nicht zu erschweren, wurde der Verlängerung zugestimmt. — Eine Lohnbewegung hat in unserer Zahlstelle *W a d e r b o r n* stattgefunden, hervorgerufen vom dortigen Arbeitgeber-Verband durch die Herausgabe einer Arbeitsordnung, die einen Stundenlohn von 35 J und andere Verschlechterungen vorsah. In einer gemeinsamen Versammlung unserer und der christlichen Organisation wurde hierzu Stellung genommen und beschloßen, als Antwort darauf dem Arbeitgeber-Verband Forderungen zu unterbreiten. Hierfür verlangte der Arbeitgeber-Verband, die eingesetzte Kommission möge ihm Namen und Alter sämtlicher organisierten Kollegen mitteilen (ebenfalls, um eine schwarze Liste herzustellen). Inzwischen waren die Verhandlungen der Zentralvorstände in Mannheim gescheitert und prompt kam die Nachricht, daß man nur mit der christlichen Organisation verhandeln, doch müßten deren Vertreter bei einem Mitglied des Arbeitgeber-Verbandes beschäftigt sein. Trotz dieser Ablage an die Leitung des christlichen Verbandes ließen sich die Christen zu Verhandlungen herbei, deren Resultat heute noch ein Geheimnis unserer *W a d e r b o r n*er Kollegen ist. Da ein einheitliches Vorgehen mit den Christen nicht zu ermöglichen war und unsere Organisation allein keinen Erfolg führen konnte, wurde die Bewegung für beendet erklärt und die Unterschrift der Arbeitsordnung verweigert. Die Agitation wurde mit Ausdauer betrieben, wodurch es uns gelungen ist, auch die älteren Kollegen der Organisation zuzuführen. Zahlstellen wurden zwei gegründet: Silberloh und Halle. Erstere ist infolge der Gleichgültigkeit der dortigen Kollegen leider wieder eingegangen. Hoffentlich gelingt es in diesem Jahre der Organisation, sich dort festen Eingang zu verschaffen; die Lohn- und Arbeitsverhältnisse zeigen am besten, wie notwendig die Organisation ist. — Statistiken wurden zwei aufgenommen, danach beträgt der Durchschnittslohn 46 J. — Das Kleinverfälschungsgesetz wird in manchen Werkstätten wenig oder gar nicht eingehalten; wenn dieses Gesetz nicht nur auf dem Papier stehen soll, müssen wir unbedingt auf die vorhandenen Mängel hinweisen und in den meisten Fällen wird Abhilfe geschaffen werden. — Der Mitgliederbestand betrug am 1. Januar 1908: 124, am 1. Januar 1909: 143 Kollegen. — Auch die Klassenverhältnisse haben sich gebessert. Es war eine Gesamteinahme von 4317.63 Mark, eine Gesamtausgabe von 3459.96 M. zu verzeichnen, mithin Kassenbestand: 857.67 M. (883.71 M. im Vorjahre). — Versammlungen haben 19 stattgefunden, in denen zwölf Vorträge gehalten wurden. Hoffen wir, daß die Erfolge, die in einem Jahr der wirtschaftlichen Krise errungen wurden, ein jedes Mitglied zur unermüdeten Agitation für den Verband anspornen. Große Aufgaben harren unser, umso mehr ist es unsere Pflicht, dafür zu sorgen, daß bis dahin die wenigen Individualisten der Organisation zugeführt sind; dann bilden wir eine Macht, und gestützt auf sie, können wir allem, was kommen mag, ruhig entgegensehen.

Jahresbericht der Filiale Hannover für 1908.

Waren die beiden letzten Jahre schon wirtschaftlich recht ungünstige, so war das abgelaufene Geschäftsjahr ein Jahr fast ununterbrochener Arbeitslosigkeit. Die bei günstiger Geschäftslage sonst vorhandene Arbeitslosigkeit in den Wintermonaten war im letzten Jahre in den besten Sommermonaten zu verzeichnen. Trotz dieser ungünstigen Situation standen wir infolge des Ablaufs unserer Lohn-tarifs in Lohnbewegung. Noch am Schlusse des Jahres 1907 wurde durch einstimmigen Beschluß die Forderung des Tarifs ausgesprochen und die Vorbereitung zu einem eventuellen Kampf getroffen. Nachdem nach langwierigen Verhandlungen eine Erhöhung des Stundenlohns um 2 J zustande war, die auf alle gezahlten Stundenlöhne erfolgen sollte, wurde am 18. April in Anbetracht der kritischen Wirtschaftslage von einem Kampf Abstand ge-

nommen und die neue Tarifvorlage akzeptiert. Der Verkauf späterer Lohnkämpfe, die durch den Berliner Schiedspruch ihr Ende erreichten, bewies, daß unsere Taktik berechtigt war. In der Zahlstelle Deynhäusen scheiterte ein neuer Versuch, auf friedlichem Wege eine Einigung herbeizuführen, an dem Widerstand der Arbeitgeber. Ein achtwöchiger Streik war die Folge. Erst am Jahreschlusse wurde ein Tarifvertrag durch Schiedspruch abgeschlossen. Die Forderungen der Zahlstelle Sameln scheiterten während der Verhandlungen. Mangelndes Interesse und mangelnde Disziplin der Kollegen ließen weitere Schritte nicht zu.

Mehrere in den Fabriken und Lackereien den Kollegen angebotene Abzüge und sonstige Verschönerungen konnten bis jetzt stets abgewehrt werden. Die Agitation ist von heute schon zu Beginn des Jahres mit allen Kräften ein. Die Hausagitation wurde planmäßig betrieben. Bezirksversammlungen wurden abgehalten und die Bezirksleitung zur Unterstützung der Haus- und Werksagitation sowie zum Ansuchen von Restanten und zur Mithilfe bei Aufnahme von Statistiken durch Einholung der Fragebogen usw. weiter organisiert und ausgestaltet. Der Mitgliederbestand vom Jahre 1907 mußte nach Möglichkeit gehalten werden und das gelang auch.

Das sonst in normalen Zeiten im Frühjahr einsetzende Aufleben der Konjunktur in unserem Gewerbe, das stets die Agitationsarbeit beeinflusst, blieb aus. Das wirtschaftliche Uebergewicht der Arbeitgeber lastete das ganze Jahr über schwer auf unsern Kollegen. Das stetige Angebot von Arbeitskräften, die verschärfte Konkurrenz infolge Darniederliegens des ganzen Gewerbes machte die große Mehrzahl der Arbeitgeber rücksichtlos denn je. Erhöhte Anforderungen an die Arbeitsleistung (in den meisten Fällen ohne Rücksicht auf die Qualität) der Gehilfen und auch zum Teil der Lehrlinge war für viele Arbeitgeber der Ausweg aus ihrer Schlenkerkonjunktur.

Zur Erlebung der Geschäfte fanden 276 Versammlungen, Sitzungen, Verhandlungen usw. statt. Der Versammlungsbesuch betrug im Jahresdurchschnitt 24,8 Proz. aller Mitglieder. Die Mitgliederbewegung hat eine weitere Besserung in bezug auf die Stabilität gebracht, dagegen ist die Fluktuation eine noch recht starke. Der Zugang beträgt 865, der Abgang 867. Die Mitgliederzahl betrug am Schlusse des Jahres 854, nach 52 Wochenbeiträgen berechnet 875. Hiervon entfallen auf die Zahlstellen 119.

Als Zahlstellen gehören der Filiale an: Alfeld, Einbeck, Hameln, Minden, Deynhäusen, Beine, Pyrmont, Walsrode und Wunstorf. Am 1. Juli löste sich die Filiale Nienburg auf und schloß sich Hannover als Zahlstelle mit 12 Mitgliedern an.

Lohnstarife wurden vereinbart nur in Mtenburg, Deynhäusen und Pyrmont.

Im Berichtsjahre wurden 45 188 Wochenbeitragsmarken umgekehrt, ein Plus von 1245 gegenüber dem Vorjahre, davon in Hannover 39 271 und in den Zahlstellen 6217. Im Bureau wurden 4966 Wochenbeiträge kassiert. In den Zahlstellen wurden 120 Aufnahmen erzielt. Von den vorhandenen Mitgliedern hatten sich 50 das zweite, 4 das dritte- und 2 das viertemal aufnehmen lassen. Von den am Schlusse des Jahres vorhandenen 854 Mitgliedern waren 415 verheiratet und 439 ledig. Von ihnen gehörten der Organisation an: 1 Jahr: 199, 2 Jahre: 194, 3 Jahre: 144, 4 Jahre: 77, 5 Jahre: 64, 6 Jahre: 52, 7 Jahre: 24, 8 Jahre: 43, 9 Jahre: 27, 10 Jahre: 12, 11 Jahre: 3, 12 Jahre: 2, 13 Jahre: 3, 14 Jahre: 2, 15 Jahre und darüber: 8 Mitglieder.

Der Arbeitsnachweis hat die Frequenz des Vorjahres nicht ganz erreicht, weil das Angebot von Arbeitskräften das ganze Jahr hindurch die Nachfrage weit überstieg. Es ließen sich als arbeitsuchende Kollegen einschreiben: 1826. Offene Stellen waren vorhanden: 1181, davon wurden besetzt: 839. Als ein Zeichen der äußerst ungünstigen Geschäftslage ist der Umstand anzusehen, daß auch in den kleinsten Provinzorten der sonst übliche Gehilfenmangel in der Saison nicht zu verzeichnen war; auch die Landmeister konnten mehr Arbeitskräfte bekommen als sie nötig hatten.

Die Bibliothek wurde von 161 Kollegen an 74 Abenden mit 1655 Büchern 1040 mal benutzt; die Beteiligung entspricht dem vorjährigen Resultat. Ein guter Fortschritt ist in diesem Jahre mit der Anstellung eines besoldeten Einlassierers gemacht worden. Die aufgetauchten Bedenken waren unberechtigt. Die neue Art der Einkassierung, die nur wochentags erfolgt, hat sich zur Zufriedenheit der Mitglieder schnell eingelebt.

Der Kassenericht ergibt für die Hauptkasse eine Einnahme von 15 199,65 M. Die Ausgabe erforderte: für Streifz 1552,37 M., Krankenunterstützung 1755,35 M., Strebegeld 110 M., Reiseunterstützung 366,04 M., Gehalt und Versicherungsbeiträge 2086 M. Abgezinst wurden 9929,89 M. 196 Mitglieder erhielten Kranken- und 252 Mitglieder Reiseunterstützung. Die Einnahme der Filialkassen ergab 8910,20 M., die Ausgabe 5837,24 M., davon für Einkassierung der Beiträge 2182,03 M. Der Kassenbestand hat eine Steigerung von 2472,96 M. erfahren und beträgt 10 764,45 M. Im Jahre 1907 betrug der Kassenbestand prozentual pro Mitglied 9,75 M., im Berichtsjahr 12,64 M., das ergibt eine Erhöhung von 2,89 M. pro Mitglied. Einem dringenden Bedürfnis entsprechend, nahmen Partei und Gewerkschaften zur Errichtung eines eigenen Heimes Stellung. Zur Finanzierung dieses Projekts wurde beschlossen, von den Gewerkschaften pro Mitglied 4 M. im Umlageverfahren zu erheben. Zur Aufbringung dieser Mittel ist durch Versammlungsbeschluß der Sommerbeitrag von 60 auf 70 S. erhöht worden, damit die Sozialkasse angesichts der in Aussicht stehenden Lohnkämpfe möglichst wenig belastet wird. Außerdem sind wir mit zwei Anteilen (je 500 M.) beteiligt. Es darf wohl erwartet werden, daß dieser Beschluß ohne Schwierigkeiten durchgeführt wird. Unsere Mitglieder wissen, daß die jetzigen Zustände in bezug auf die Sozialfrage unhaltbar geworden sind.

Die statistische Erhebung wurde auch im verflossenen Jahre zweimal vorgenommen. Im Frühjahr zur Lohnbewegung und im Spätsommer die alljährliche Lohnstatistik. Ausgegeben wurden 645 Fragebogen, davon gingen ein: 613. Von den über 400 Meistern beschäftigten 162 682 Gehilfen und 118 Lehrlinge. Von den Befragten waren 492 in der Baubranche und 121 in Fabriken und Lackereien beschäftigt. Verheiratet waren 281 Kollegen mit 346 Kindern unter 14 Jahren. Prozentual kommt auf

einen verheirateten Kollegen 1,5 Kind (1907: 1,6; 1906: 1,7). Der durchschnittliche Stundenlohn betrug nach den jährlichen Statistiken: 1900 39 S., 1901 40,4 S., 1902 41 S., 1903 41,1 S., 1904 46,9 S., 1905 49,1 S., 1906 50 S., 1907 51,5 S., 1908 53,2 S. Es kamen bei dieser Statistik 416 Kollegen über 20 Jahre und 73 Kollegen unter 20 Jahren in Betracht. Der durchschnittliche Stundenlohn betrug für über 20 Jahre alte Kollegen 51 S. und für Kollegen unter 20 Jahren 49,5 S. Für die in Fabriken beschäftigten Kollegen betrug der durchschnittliche Stundenlohn inkl. Akkordlohn 51 S. Die gezahlten Stundenlöhne schwankten zwischen 30 und 65 S. Der Akkordüberschuß zwischen 3 und 50 S. Verheiratet waren 98 Kollegen mit 179 Kindern (Durchschnitt 1,8). Das Durchschnittsalter betrug 37,7 Jahre. Arbeitslos waren die Befragten durchschnittlich 5 Tage. Politisch organisiert waren 55 %, Leser des „Volkswillens“ 75 %. Diese 121 Kollegen waren auf 41 Betriebe verteilt, davon in 29 Betrieben je ein Kollege. Die durchschnittliche Wohnmiete für die im Bauernberuf Beschäftigten betrug 258,20 M. jährlich, das Durchschnittsalter 29 Jahre. 492 Kollegen hatten in 1273 Werkstellen gearbeitet.

Den Lohnstarif betreffend wurde in 14 Fällen Tarifbruch durch die Arbeitgeber gemeldet. Zum Teil wurde, soweit Mitglieder des Arbeitgeberverbandes in Betracht kamen, die Sache durch die zuständigen Instanzen erledigt. Andererseits wurde das Gewerbegericht in Anspruch genommen. Daß es in unserem Gewerbe häufig zu Differenzen kommt, ergibt die Geschäftsziffer des Gewerbegerichts, wo die Maler und Lackierer 33 mal an den Streitigkeiten beteiligt sind. Der Ueberwachung der Einhaltung des Lohnstarifs wird die größte Aufmerksamkeit gewidmet. Es ist für eine ausgeübte und wirksame Kontrolle gesorgt. Wiederholt mußten wir uns mit der Werkstelle Langrehr befassen. Schon im Sommer wurden bei Kasernenarbeit 6 Soldaten beschäftigt, die auf unsre Beschwerden an das Generalkommando dann zurückgezogen wurden. Noch vor Jahreschluss mußte über diese Firma die Sperre verhängt werden, weil Langrehr in Berlin-Weißensee Arbeiten ausführte, ohne den dortigen tarifmäßigen Lohn zu zahlen. Die Sperre konnte am 31. Dezember mit Erfolg beendet werden.

Ein trautes Kapitel in der Statistik bietet die Arbeitslosigkeit. Die Zahl der Arbeitslosentage haben bei der statistischen Erhebung 432 Kollegen angegeben. Von diesen waren 348 Kollegen 17 162 Tage arbeitslos. Nur 86 Kollegen hatten das „Glück“, von der Arbeitslosigkeit verschont zu bleiben (60 Kollegen hatten diese Frage nicht beantwortet). Das sind 80 Proz. mit durchschnittlich 49,4 Tagen oder durchschnittlich pro Befragten 39,7 Tage. Hinzu kommt noch die große Zahl derjenigen Kollegen, die infolge Arbeitslosigkeit auf die Landstraße gedrängt sind und diejenigen, welche außer Berufsbeschäftigung gefunden haben, somit also bei der Erhebung nicht mit eingeschlossen werden konnten. Erwähnenswert ist hier, was die Handwerkskammer in einer Broschüre über die Verhältnisse in den einzelnen Handwerken schreibt. Die Broschüre ist in den Schulen an die die Schule verlassende männliche Jugend verteilt zu dem Zwecke, deren Eltern für das Handwerk zu gewinnen. Die Vorträge des Handwerks werden hier in den glänzendsten Farben geschildert und die seltensten Ausnahmen verallgemeinert. Es heißt z. B. betr. das Maler- und Lackierer-Handwerk über die Gehilfenzeit: „Gleich nach Beendigung der Lehrzeit beträgt der Wochenlohn 26 M., er steigt bald auf 28 M. und höher. Der tüchtige Geselle kann ohne den Besuch einer Fachschule seinen Lohn auf 30 bis 40 M. bringen. Nach dem Besuch einer Fachschule kann er als Zeichner 2000 bis 3000 M. jährlich verdienen. Etwa 66 Proz. der Gehilfen werden selbständig.“ — Danach also wäre es eine wahre Lust, das Malerhandwerk zu erlernen. — Nichts ist hier erwähnt von der kurzen Arbeitszeit in den sechs Wintermonaten und dem damit verbundenen geringen Lohn, vorausgesetzt, daß überhaupt etwas Arbeitsgelegenheit vorhanden ist, nichts von der großen Arbeitslosigkeit. Mit sieben Zeilen ist der „goldne Boden“ aus der früheren Buntzeit hingepauert und damit die Deffentlichkeit über die wirklichen Verhältnisse getäuscht.

Die am 1. Januar 1908 in Kraft getretene Mietweiserordnung wird, trotz des dreijährigen Bestehens, von den Malermeistern sehr wenig beachtet, in den Fabriken dagegen ist eine Besserung eingetreten. Eine durchgreifende Kontrolle mit Hilfe der Gewerbeinspektion wird hoffentlich in diesem Jahre dazu beitragen, eine schärfere Beachtung dieser Vorschriften im Interesse der Gesundheit unsern Kollegen herbeizuführen.

Im beschränkten Rahmen zeigt die vorstehende kurze Aufzeichnung die Entwicklung des abgelaufenen Geschäftsjahres. Es war ein ernstes und kritisches zugleich. Aus diesen Gründen können wir mit dem Ergebnis zufrieden sein, hat es doch für jeden einigermaßen aufmerksamen Beobachter den Beweis über den Wert und die unschätzbaren Vorteile der gewerkschaftlichen Organisation auch in Zeiten der Krise erbracht. Konnte bei früheren wirtschaftlichen Krisen — wo die Gewerkschaften infolge ihrer ungenügenden Entwicklung noch nicht in der Lage waren, einheitliche und geregelte Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu erzielen — immer ein Sinken der Löhne festgestellt werden, so war es uns im verflossenen Jahre möglich, eine weitere, wenn auch geringe Lohnerhöhung zu erzielen und für die Aufrechterhaltung des Tarifs mit Erfolg zu wirken. Andererseits konnte auch die Mitgliederzahl erhalten bleiben und die Klassenverhältnisse gebessert werden.

Große und ernste Aufgaben stehen uns auch im laufenden Jahre bevor. Käuft doch unser Lohnstarif und mit ihm fast alle bestehenden Tarife ab. Ein noch nie dagewesener Kampf wird entbrennen. In unsern Zahlstellen, wo die Organisationsverhältnisse gute sind, gilt es, eine Regelung und Besserung der Lohnverhältnisse herbeizuführen.

Eine besondere Aufgabe ist noch zu erfüllen, nämlich: einen erzieherischen und belehrenden Einfluß auf unsere Lehrlinge zu gewinnen.

Eine planmäßige und fortgesetzte Agitation mit allen vorhandenen Kräften muß auch für dieses Jahr für eine weitere Stärkung unserer Filiale betrieben werden. Um aber bei der großen Anzahl von Kleinbetrieben und Zersplitterung der Arbeitsstellen mit Erfolg arbeiten zu können, ist es notwendig, daß alle Mitglieder die Verwaltung in ihrer schwierigen Agitationsarbeit unter-

stützen. Wenn dies geschieht, wird es auch möglich sein, im Jubiläumsjahr 1909 des 25jährigen Bestehens den gestellten Anforderungen gerecht zu werden.

Gewerkschaftliches und Soziales.

Wie die „bessern“ Arbeiter von ihren Ausbeutern behandelt werden. Bekanntlich erzählt das Unternehmertum seinen besser- und manchmal auch schlechter bezahlten Arbeitern, den Technikern, Handlungsgehilfen und andern Beamten, daß es sich für sie nicht zieme, einer gewerkschaftlichen Organisation anzugehören, da sie zu den kernern Arbeitern gehörten und gesellschaftlich den Unternehmern naheständen. Auf diese Redensarten werfen folgende Vorkommnisse ein merkwürdiges Schlaglicht. Ein Steiger einer Grube in Oberschlesien ist trotz anerkannter Tüchtigkeit ohne weiteres entlassen worden, weil er in einer öffentlichen Versammlung des Bundes der technisch-industriellen Beamten die Erweiterung der ober-schlesischen Bergschule bekämpft hatte, da ein Ueberfluß an ausgebildeten Steigern derart bestünde, daß diese jahrelang auf Anstellung warten und bis dahin als Häner oder Oberhäner arbeiten müßten. Als Kündigungsgrund war ihm angegeben worden, daß man Agitatoren und Hejer auf der Grube nicht brauchen könne.

Die ober-schlesische Ortsgruppe des Bundes der technisch-industriellen Beamten wandte sich, da sie annehmen mußte, daß die Kündigung in der Zugehörigkeit zum Bund ihren Grund habe, mit einem höflichen Schreiben erst an die Direktion der Grube, dann an den Generaldirektor Geh. Oberberggrat Uthemann, schließlich an den Vorsitzenden des Repräsentantenkollegiums, Grafen von der Decke-Bolmerstein, Breslau, ohne daß sie von allen diesen Instanzen einer Antwort gewürdigt worden wäre. Darauf berief sie auf den 17. Januar eine Protestversammlung nach Königsbrütte, wo von 400 Privatangestellten eine Resolution gefaßt wurde, daß man in dieser Entlassung einen unzulässigen Eingriff erblickte; ferner wurde darauf hingewiesen, daß durch eine derartige unwürdige Bevormundung Ansehen und Charakter der technischen Bergbeamten erschüttert werde. Nunmehr forderte der Generaldirektor die Beamten zum Austritt aus der Organisation auf, was 16 Grubenbeamte in einem gemeinsamen Brief ablehnten. Geh. Oberberggrat Uthemann ließ am nächsten Morgen die 16 Beamten zu sich kommen und stellte ihnen die Wahl, sofort zu gehen oder dem Bund den Rücken zu kehren. Koalitionsrecht und persönliche Freiheit seien leere Phrasen.

Von den 16 Beamten haben 11 erklärt, von ihrer Organisation nicht zurückzutreten. Von ihnen wurden 6 sofort entlassen, während den anderen 5 zum nächsten Termin gekündigt wurde.

Aus dem Westen Deutschlands wird ein Gegenstück berichtet, das uns beweist, daß schlesische und rheinisch-westfälische Grubenbarone sich in Bezug auf Prohigkeit nichts nachgeben. Vor einigen Tagen erschien auf der Pecher Graf West in Essen der Oberinspektor Holt in einer Konferenz der Beamten und hielt eine Ansprache dem Sinne nach folgenden Inhalts: Bei der letzten Stadtverordnetenwahl hat ein Steiger Zentrum gewählt. Wir haben bisher auf unseren Anlagen katholische und evangelische Beamte angestellt. Wir müssen aber verlangen, daß die Beamten dann auch die Partei unterstützen, die die Interessen der Grubenbesitzer vertritt. Da das Zentrum im Reichstag und auch bei anderen Gelegenheiten den Grubenbesitzern vollständig entgegenarbeitet, kann ich dem betreffenden Herrn nur raten, sich nach einer anderen Stellung umzusehen. Wir können auf keinen Fall dulden, daß er eine Partei unterstützt, die unsren Interessen entgegenarbeitet.

Den Herren Privatbeamten soll augenscheinlich das Klassenbewußtsein, d. h. die Ueberzeugung, daß sie Menschen zweiter Klasse sind, mit aller Gewalt eingepaukt werden.

Ein sozialpolitischer Bwitter. Es gibt Leute, die es fertig bringen, mit zugebundenen Augen zwischen Eiern oder nackten Schwertern herumzutanzeln, ohne anzustoßen. Solche Leute findet man auch auf dem Gebiete der Sozialpolitik. Sie verstehen es, zwischen der Moral des rücksichtslosesten Ausbeutertums und der Moral, der um eine bessere Lebenshaltung und um größere Bewegungsfreiheit ringenden Arbeiterklasse hin- und herzuwipeln, ohne irgendwie anzustoßen. Ein solcher Mann ist der Generaldirektor Adolf Haefner in Frankfurt a. M., der in einem Vortrage das industrielle Unternehmertum und seine sozialen Forderungen erörtert hat. Dieser Vortrag, der auch in Druck erschienen ist, wird von der „Deutschen Arbeitgeberzeitung“ folgendermaßen besprochen: Wichtig Haefner hervor, daß die Zeit des reinen Individualismus vorüber sei, das laissez faire, laissez passer früherer Zeiten habe keine Gültigkeit mehr, der einzelne dürfe keine Macht mehr in einer der Gesamtheit schädigenden Weise anwenden, eine neue Sozialethik sei entstanden, die es verbiete, daß der einzelne despotisch ausbeute oder willenlos ausbeutet wird. Von dieser Grundlage aus geht Haefner zielbewußt auf sein Thema los. Er packt den Stier bei den Hörnern und scheut sich nicht davor, die zahlreichen und verwirrendsten Probleme des vorliegenden Gebietes in dem knappen zur Verfügung stehenden Raume zu erörtern. Zunächst beschäftigt den Verfasser die Frage, wie man die Arbeitsfreudigkeit heben könne. Er ist ein Gegner der konstitutionellen Fabrik, hält es aber wohl für möglich, eine Art von Gewinnbeteiligung mindestens für die Beamten und Kopfarbeiter ausfindig zu machen. So sehr aber das Interesse der Angestellten gewahrt werden müsse, so wenig dürfe man auf übertriebene Forderungen eingehen. Die gänzliche Abschaffung der Konkurrenzklause sei ein Unding. Solange nicht Unternehmer und Angestellte auf einem ethisch bedeutend höher entwickelten Standpunkte stehen, müssen Gesetze vorhanden sein, die dem anständigen Arbeitgeber Schutz gegen allzu traffe Vertrauensmißbräuche gewähren, und ebenso den Arbeitnehmer schützen gegen allzu selbstgütige Prinzipale. Auch die Frage des Erfinderschutzes muß sehr vorichtig angefaßt werden. Jedes plumpe Eingreifen der Gesetzgebung könnte hier den größten ideellen und materiellen Schaden anrichten. Haefner spricht sich ferner für die staatliche Versicherung der Privatbeamten aus, allerdings mit großer Vorbehalt und ohne das Pro und Kontra dieses schwierigen Problems näher zu beleuchten. Sehr eingehend wird auch die Frage der Arbeitskammern behandelt und die Meinung des Verfassers wird in dem Kampfe, der auf diesem Gebiete vermutlich noch längere

Zeit loben wird, mit Interesse gehört werden. Wenn endlich Haefner seine Ausführungen mit der Forderung schließt, daß alle Bestrebungen zur Hebung des Privatbeamtenstandes „gefördert sein müssen von einer vornehmlichen Auffassung unseres ganzen gesellschaftlichen Lebens“...

Wir müssen gestehen, daß wir von der neuen Sozialethik des Herrn Haefner bislang noch nichts gemerkt haben, und es wäre deshalb wünschenswert, daß sich einmal das Scharfmachertum, dessen Despotismus zum Himmel schreit, die Haefnersche Morallehre zu Herzen nähme.

Ein Mahnruf an die unorganisierten Arbeiter. Bei einer Besprechung des Bergarbeiterkongresses wird die großkapitalistische „Kölnische Zeitung“ die Frage auf, ob der Berliner Kongreß berechtigt war, sich als die Interessenvertretung der deutschen Bergarbeiter auszugeben.

In ganz raffiniertester Weise spielt der Artikel die unorganisierten Arbeiter gegen die organisierten aus. Hieraus sollten die Arbeiter, die der Gewerkschaft noch fernstehen, die richtige Lehre ziehen.

Ein Mustereispiel eines Handwerkers. Unter den Stuttgarter Handwerksmeistern spielt der frühere Wäckermeister und jetzige Rentier Kälberer, ein nationalgesinnter und christlich-konservativer Mann, eine große Rolle. Er wurde sogar neulich als Gemeindevorsteher ins Rathaus gewählt.

Auch im Himmel gibt es Anhepaußen! Pastor Paulsen, der Dekan der im Kreise Schleswig gelegenen Kropper Anstalten, erteilt im Briefkasten des Kropper „Kirchlichen Anzeigers“ folgende Antwort: „H. G. in A. Arbeiten Sie nicht ohne Pausen. Selbst im Himmel machen die Seligen eine Pause von einer halben Stunde während der Anbetung.“

Der Herr Pastor scheint ein sehr vernünftiger Mann zu sein.

Verleumdungen — eine Wahrnehmung christlicher Interessen! Ein „christlicher“ Strafvollziehungsbeamter, der im christlichen Gewerksverein der Bergarbeiter organisiert ist, erlief gegen den Vorsitzenden einer ländlichen Filiale des alten Bergarbeiterverbandes den schweren Vorwurf, er habe vom Streik 1905 her Streikgelder unterschlagen.

Danach handeln also die Christlichen in Wahrnehmung berechtigter Interessen, wenn sie einen Unrechtsdenkenden in seiner Ehre kränken und ihn in der schneidendsten Weise verleunden. Diese Klaffassung ist unter den christlichen Pastoren, wie wir aus langjähriger Erfahrung wissen, allgemein verbreitet, daß nun auch ein Gericht sich auf diesen Standpunkt stellt, ist uns neu.

Baugewerbliches.

Badische Bauarbeiterschuttkonferenz. Am 14. Februar tagte im großen Rathhause Saal in Karlsruhe eine von der Mannheimer Bauarbeiterschuttkommission einberufene Konferenz, die von den Gewerkschaften und Bauarbeiterschuttkommissionen aus 19 Orten durch 75 Delegierte besetzt war.

Zum dritten Punkt der Tagesordnung: Bleiweißvergiftung, führte Kollege Hub aus: Es ist bezeichnend, daß im Reichstage von allen Seiten die Berechtigung unserer Forderungen betr. Abschaffung der bleihaltigen Farben zugegeben werden mußte. Trotzdem konnte man sich nicht dazu verstehen, die Verwendung dieser Farben ganz zu verbieten.

Gerichtliches.

Wegen Verleumdung des Vorstandes des Bergarbeiterverbandes hatte sich der frühere Sekretär des Bergarbeiter-Rechtsschutzbureaus, Spaniol, in Oberhausen vor dem dortigen Schöffengericht zu verantworten. Spaniol hatte u. a. in öffentlicher Versammlung den Vorstand beschuldigt, sich der denkbar ehrlosesten Handlungen schuldig gemacht zu haben.

Der Ausbruch Klassenjustiz in Wahrung berechtigter Interessen gebraucht. Der frühere Redakteur der „Schmidzeitung“, Kaspar Schmidt, brachte am 1. Februar 1908 in seiner Zeitung einen Artikel, worin er ein gegen ihn vom Schöffengericht Breslau verhängtes Urteil lautend auf 50 Mark Geldstrafe wegen angeblicher Verleumdung eines Schmiedemeisters in Breslau, wie folgt kritisierte:

„Daß ich von einem Breslauer Gericht verurteilt werden würde, daran konnte ich von vornherein keinen großen Zweifel haben. Dafür sind die Breslauer Gerichtsurteile zu bekannt, als daß an dieser Klaffischen Stütze der Klassenjustiz dem Redakteur einer sozialdemokratischen Zeitung oder auch von dem Verbandsorgan einer freien Gewerkschaft der Schutz des § 193 des Strafgesetzbuches ausgebilligt und er freigesprochen werden würde.“

Durch diese Nebenwendung sollen der Amtsgerichtsrat Mühlh, der derzeitige Vorsitzende des Schöffengerichts sowohl, als die Breslauer Richter im allgemeinen beleidigt worden sein.

Die Angelegenheit gelangte im Mai 1908 vor einer Hamburger Strafkammer zur Verhandlung und endete mit der Verurteilung des Angeklagten zu einer Geldstrafe von 200 oder 20 Tagen Gefängnis. Begründend wurde ausgeführt, daß der Angeklagte nicht in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt habe und daß der Ausbruch „Klassenjustiz“ in dieser Zusammenstellung den Vorwurf der Rechtsbeugung zuungunsten der vom Angeklagten vertretenen politischen Richtung enthalte.

Genau dieses Urteil legte Schmidt Revision ein, der vom Reichsgericht mit folgender Begründung stattgegeben wurde: Die Begründung, mit der das Urteil dem Angeklagten den Schutz des § 193 des St.-G.-B. versagt hat, gibt zu rechtlichen Bedenken Anlaß. Das Landgericht beschränkt sich hier auf die Erwägung, daß ein Recht des Verurteilten auf beleidigende Verprechung des ergangenen Erkenntnisses nicht anerkannt werden könne.

In der erneuten Verhandlung erkennt das Hamburger Landgericht auf Freisprechung unter Verletzung der Kosten auf die Staatskasse. Zweifellos, so wird begründend ausgeführt, enthalte der Artikel eine scharfe Wendung gegen die Breslauer Richter, denen vorgeworfen wird, sie hätten sich bei Abgabe ihrer Urteile von Klassenideen leiten lassen und wählten nicht ordnungsgemäß ihres Amtes.

Vom Ausland.

Desiderien. Nach Wien ist Bezug fernzuhalten. Schweiz. Gesperit sind: Heidegger in St. Gallen; die Werkstellen: Keller in Sargen. Gust. & Sul. Müller in Wädenswil, Gebr. Beer in Amdernatt.

Solland. In Laufen und Zutzpen sind unsere Kollegen ausgesperrt. Bezug muß ferngehalten werden!

Meghsten. Ueber die Lage der Maler in Cairo erhalten wir zur Warnung für die europäischen Wanderhölzer, die mit besonderer Vorliebe Cairo aufsuchen, nachstehenden Bericht eines Kollegen des Schweiz. Verbandes: „Infolge der vorgängigen Krise und der jetzt erneut epidemisch auftretenden Malaria ist die Lage eine trostlose und die Geschäfte ruhen zum größten Teil.“

Möge dieser Mahnruf bei den Kollegen Europas, besonders den hier massenhaft immer wieder anreisenden jungen Deutschen, Dänen und auch Italienern nicht ungehört verfliegen. Auch sollen besonders die Kollegen, welche früher in den „guten“ Jahren hier waren und die Verhältnisse erträglich gefunden, vielleicht gar „assart“ haben, aufhören, weiter die Kollegen zu animieren, nach Cairo zu reisen, um ihnen herbe Enttäuschungen zu ersparen.

NB. Alle Bruderblätter werden um Abdruck gebeten.

Fachliteratur.

Materialienkunde als Grundlage der Maltechnik. Für Kunststudierende, Künstler, Maler, Lackierer und Handwerker. Von Dr. H. Eibner, Prof. und Dekan der Vorkursanstalt und Institut für Maltechnik an der Technischen Hochschule in München. Verlag von Julius Springer, Berlin W. 24. Preis broschiert M. 4, gebunden 12.00. Auf eine Besprechung dieses Buches kommen wir noch zurück.

Das Februarheft (Heft 11) der Deutschen Malerzeitung „Die Maler“ bringt auf 5 Tafeln in vorzüglicher Ausführung Motive zu einer Decke und Wand, entworfen von S. Wasserschlag-Wigwart in Düsseldorf; zwei figurale Dekorationen, gemalt von W. W. Wunderling in Zürich; vier Edelmarmorarten, gemalt von E. Hebing in München; zwei Wanddekorationen, entworfen von G. Sourban in Stuttgart und vier Teppichmuster, entworfen von Ludw. Reissberger in München. Das Abonnement auf diese vornehme Zeitschrift kostet pro Quartal 3 M. Verlag von Georg D. W. Callwey in München.

Literarisches.

Soeben erschien: Gemeinde und Alkohol. Von E. Wehlich-Stettin. 1. bis 5. Tausend. 52 Seiten 8°. Preis 25 S. In besserer Ausstattung 1 M. Verlag: Deutscher Arbeiter-Abstinenz-Bund, Joh. Michaelis, Berlin D. 17, Langestr. 11.

Das Büchlein will allen denjenigen ein Führer sein, die die Notwendigkeit der Bekämpfung des Alkohols durch die Gemeinden anerkennen und denen die Zeit zu einem eingehenden Studium der heute schon recht umfangreichen Antialkoholliteratur fehlt. Wir können das Büchlein unseren Genossen zum Studium nur empfehlen. Königs Jahrbuch der Erfindungen und Entdeckungen 1909. Mit 135 Abbildungen. Bearbeitet unter Mitwirkung hervorragender Fachmänner von D. S. a. e. Verlag W. S. a. e., Berlin W. 35, Potsdamerstr. 113. Preis 1.20 M. (ohne Porto). Obgleich kurz und klar gefasst, ist der Text gemeinverständlich geschrieben und gibt jede gewünschte Auskunft in erschöpfender Weise.

Jahresbericht von der Verwaltung Berlin des deutschen Holzarbeiterverbandes für 1908. Dieser übersichtlich dargestellte Bericht gibt in präziser Form einen guten Überblick über die reiche Tätigkeit und die so wenig hervortretende, aber um so notwendige Kleinarbeit in einer Ortsverwaltung.

Die Märzfestchrift 1909. Dem Andenken der revolutionären Bewegung von 1848 widmet der Parteiverlag der Wiener Volksbuchhandlung alljährlich eine Märzfestchrift in wahrhaft künstlerischer Ausstattung zum Preise von 20 S. Auch die soeben uns vorliegende diesjährige Märzfestchrift steht ihren Vorgängern an künstlerischer Ausstattung in keiner Weise nach. Sie ist bei allen Parteibuchhandlungen oder Kolporturen der Partei erhältlich. Wo dies ausnahmsweise nicht der Fall sein sollte, verwendet die Wiener Volksbuchhandlung Sana Brand u. Co. in Wien VI/1, Gumpendorferstr. 18, gegen Einzahlung von 25 S. in Briefmarken die Festchrift franco per Kreuzband.

Fachblatt für Holzarbeiter. Heft 2 des 4. Jahrgangs, Februar 1909. Herausgegeben vom Deutschen Holzarbeiterverband, Berlin. Das Fachblatt für Holzarbeiter erscheint am 15. jeden Monats und ist gegen 1 M. pro Vierteljahr bei allen Postanstalten und den Verwaltungsstellen des Deutschen Holzarbeiterverbandes zu abonnieren sowie beim Verlag, Berlin E. 2, Neue Friedenstr. 2.

„In freien Stunden“. Hefte 5-8 sind erschienen und bringen die Fortsetzung des spannenden Romans „Denkwort“ von Walter Scott sowie der Erzählung aus der russischen Revolution „Kammerjäger“. Neu hinzutretenden Abonnenten können die bisher erschienenen Hefte vom Verlag noch nachgeliefert werden. — Bestellungen zum Preise von 10 S. pro Heft nehmen alle Parteibuchhandlungen, Kolporture sowie der Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, entgegen.

Die „Kommunale Praxis“, Wochenschrift für Kommu-

nalpolitik und Gemeindefortschritt. Die Hefte 7 und 8 des Jahrgangs 1909 sind erschienen. Der Inhalt ist wieder außerordentlich reichhaltig. Abonnementspreis pro Quartal 3 M. Jede Woche erscheint ein Heft. Bestellungen nehmen alle Postanstalten, Buchhandlungen und Parteipeditionen entgegen.

Sterbetafel.

Berlin. Am 20. Februar starb der Kollege Kasimier Galowski, 37 Jahre alt.
Marburg. Am 20. Februar starb nach längerer Krankheit unser treues Mitglied Louis Haupt, von Odershausen, im Alter von 39 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!

Briefkasten.

Samburg 23. W. Der Bericht kam einen Posttag zu spät.

Vereinstell.

Bekanntmachung.

Material wurde verhandelt:
B. = Beitragsmarken. C. = Eintrittsmarken.
D. = Duplikatmarken. F. = Kalender.
M. = Markenmappen. W. = Vereins-Anzeiger-Marken.
Z. = Futterale.

A. = Ackerleben 200 B. a 20 S.; Bremen 10 000 B. a 60 S., 1200 B. a 55 S., 100 C.; Brandenburg 2000 B. a 55 S.; Dessau 1200 B. a 50 S., 200 B. a 20 S.; Elberfeld 6000 B. a 60 S., 100 C.; Eschwege 2000 B. a 50 S., 1000 B. a 20 S.; Finsterwalde 100 B. a 20 S.; Götlich 200 B. a 50 S.; Graudenz 600 B. a 50 S., 5 R.; Heidelberg 600 B. a 20 S.; Lübeck 1600 B. a 60 S.; Magdeburg 4000 B. a 60 S., 1000 B. a 20 S.; Mannheim 6000 B. a 60 S., Neugersdorf 1200 B. a 50 S., 200 B. a 20 S.; Nowawes 800 B. a 60 S., 400 B. a 20 S.; Nürnberg 10 000 B. a 65 S.; Oberstein 1 R.; Pforzheim 1200 B. a 60 S.; Plauen 2 R.; Potsdam 800 B. a 20 S.; Rathenow 400 B. a 60 S.; Regensburg 2000 B. a 60 S., 800 B. a 25 S., 20 C., 1 M.; Saalfeld 200 B. a 25 S. (100 B. a 20 S. für Frauen); Salungen 800 B. a 50 S.; Schwerin 2400 B. a 60 S., 30 F.; Spandau 1200 B. a 60 S.; Stettin 20 R.; Straßburg 200 B. a 20 S., 400 W.; Wismar 400 B. a 60 S.; Würzburg 3000 B. a 55 S.

Vom 5. Januar bis 10. Februar gingen für ausgesetzte Krankenunterstützung Scheine ein: Aachen 159.45, Alenburg 61.15, Ackerleben 36.50, Augsburg 8.40, Bamberg 79.10, Berlin 2993.85, Bielefeld 13.40, Bochum 13.30, Braunschweig 152.40, Bremen 507.25, Bremerhaven 59.45, Breslau 410.10, Cassel 234.60, Celle 7.50, Chemnitz 182.15, Coburg 16.20, Köln 190.25, Cöthen 13.60, Cottbus 6.50, Crefeld 75.85, Crimmitschau 10.80, Danzig 167.35, Darmstadt 335.75, Dessau 66.25, Diebenhofen 6.50, Dortmund 113.35, Dresden 904.—, Düren 219.95, Düsseldorf 146.35, Elberfeld 217.80, Emden 11.20, Erfurt 163.35, Eschwege 33.45, Essen 122.95, Frankfurt a. M. 1681.80, Frankfurt a. O. 25.15, Freiburg 74.80, Friedberg 181.70, Glauchau 80.—, Götlich 12.—, Gotha 218.25, Göttingen 101.95, Graudenz 47.50, Greifswald 22.15, Greiz 69.15, Guben 30.65, Halle 351.15, Hamburg 725.10, Hannover 311.55, Herford 13.—, Herne 5.25, Hildesheim 76.85,

Jena 16.80, Kaiserslautern 13.80, Kiel 406.80, Konstanz 20.—, Königberg 51.15, Leipzig 251.70, Osnabrück 8.90, Lübeck 92.95, Oldenburg 12.50, Magdeburg 115.50, Marburg 805.80, Meerane 75.10, Meuselwitz 6.50, Mühlhausen i. C. 30.40, München 378.35, Neumünster 83.20, Nordhausen 17.70, Nowawes 99.90, Nürnberg 396.70, Osnabrück 8.90, Pforzheim 143.25, Plauen 26.—, Posen 220.10, Reichenhausen 19.05, Regensburg 184.40, Reichenbach 21.60, Reichenhall 95.75, Rosenheim 13.—, Rostock 85.30, Saarlouis 33.40, Stettin 77.90, Straßburg 2.25, Straßburg 61.20, Stuttgart 184.30, Tübingen 8.20, Weimar 83.—, Weiskirchen 14.25, Weiden 17.10, Wernigerode 21.—, Wiesbaden 803.14, Wilmshausen 40.25, Worms 30.45, Würzburg 402.60, Zwickau 48.—, Einzelmittglieder 97.50; Summe 16819.—

Un Sterbeunterstützung: Aachen 10.—, Berlin 220.—, Bielefeld 10.—, Braunschweig 10.—, Breslau 60.—, Cassel 30.—, Chemnitz 60.—, Danzig 20.—, Dresden 10.—, Erfurt 10.—, Essen 10.—, Frankfurt a. M. 95.—, Glauchau 40.—, Halle 35.—, Hamburg 10.—, Jena 10.—, Königberg 10.—, Leipzig 20.—, Mainz 30.—, Meerane 35.—, München 20.—, Nürnberg 15.—, Spandau 10.—, Stettin 10.—, Straßburg 20.—, Stuttgart 10.—, Walzenburg 10.—, Wiesbaden 30.—, Würzburg 45.—; Summa 1006.—.

S. Wentker, Kassierer.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Maler und verw. Berufsgenossen Deutschlands
(Eingetragene Kassen Nr. 71.)

Bericht des Hauptkassierers vom 21. bis 27. Februar.

Uberschuss wurde eingekassiert von der örtlichen Verwaltung in Groß-Richterfelde von Krüger 150.—.
Uberschüsse von den örtlichen Verwaltungen wurden abgeleitet an: Bischoff-Braunschweig 1250.—, Arnim-Mühlhausen i. C. 100.—, Auerbach-Quisburg 60.—, Mohlfeldt 100.—, Niedermeier-Friedenstraße a. b. Spreewald 20.—, Arnberg-Dortmund 400.—, Eberling-Weimar 100.—, Krause-Königsberg i. Pr. 100.—, Hellmuth-Düsseldorf 100.—, Düler-Regel 100.—, Hommen-Eblin a. Rh. 300.—, Doering-Görlitz 100.—, Holl-Wiesbaden 100.—, Eucher-Wölflin 50.—, Heffer-Friedrichshagen 100.—.

Krankengelder erhielten Buchn. 28011, B. Bangner in Breslau, 16.80 M.; Buchn. 28007, B. Janocha in Breslau, 12.60 M.; Buchn. 24864, H. Vanger in Breslau, 18.90 M.; Buchn. 24809, R. Girbig in Breslau, 12.60 M.; Buchn. 34977, F. Glösel in Reisholz, 12.60 M.; Buchn. 1182, G. Siedel in Berlin, 12.60 M.; Buchn. 8475, M. Wellert in Angermünde, 14.70 M.; Buchn. 28959, B. Sebastiany in Bernau, 16.80 M.; Buchn. 12624, J. Scharf in Hohenstadt in Bayern, 25.20 M.; Buchn. 29111, G. Weller in Bad Reichenhall, 6.30 M.; Buchn. 12158, M. Wolf in Ottobrunn in Bayern, 18.90 M.; Buchn. 27256, H. Sprengard in Weilersbach in Bayern, 12.60 M.; Buchn. 11883, C. Vollbrant in Reudersburg, 23.10 M.; Buchn. 29600, St. Bubrowitz in Wandersburg, 12.60 M.; Buchn. 29113, G. Höpftmann in Bad Reichenhall, 12.60 M.; Buchn. 344, J. Friesen in Gippelberg, 12.60 M.; Buchn. 35840, J. Würbe in Heuren i. Eichsfeld, 29.40 M.; Buchn. 12696, G. Schäpel in Bromberg, 4.20 M.; Buchn. 34033, St. Chmielawski in Posen, 12.60 M.; Buchn. 9275, C. Zahnde in Bargheide, 23.10 M.; Buchn. 28068, W. Wlogozyn in Breslau, 12.60 M.

Die neuen Statuten und Marken sind an alle Verwaltungen versandt worden. Sollte eine Verwaltung diese nicht erhalten haben, dann bitte ich um Mitteilung. Das neue Statut tritt am 4. April d. J. in Kraft.
J. S. Wulle, Hamburg 22, Schmalenbekerstr. 17.

Anzeigen.

Guter bürgerlicher Mittag- und Abendtisch kalte und warme Speisen zu jeder Tageszeit. Dasselbst auch billige Logis mit und ohne Pension. Dortmund, Steinplatz 3.

Flottgehendes Malergeschäft

In größerer Stadt Schleswig-Holsteins (33000 Einwohner) ist ein flottgehendes Malergeschäft nebst Gebäuden unter sehr günstigen Bedingungen zu kaufen. Reichlich Arbeit für den Sommer vorhanden. Anzahlung geringe. Gest. Offerten u. M. 100 an die Expedition dieses Blattes.

Lager in prima Pinseln,

Plafondbürsten, Leitern, Farbkesseln, Läden, Farben, Schablonen und Papiere. Spezialgeschäft in vollständiger Einrichtung von Malerwerkstätten. Solide Ware bei billigster Berechnung. Altona, Obere Wörthstr. 18. P. Steel.

Empfehle den Genossen mein Fremden-Logis, sowie Mittag- und Abendtisch in reichhaltiger Auswahl. Bahnhalle der Filiale Berlin und des Wahlvereins.

Hermann Stramm Berlin SO., Mitterstr. 123.

Gold-Abfälle.

Kaufe zum höchsten Preis jeden großen und kleinen Rest Kehrgold, Goldwatte und Abkratzgold. Briefe oder Paketsendungen werden schnell erledigt. Um genaue Adressen wird geb. Max Haupt, Dresden, Blasewitzstr. 64.

Central-Arbeitsnachweis für Thüringen
Filiale Erfurt.

Bermittlung zu jeder Tageszeit bei Ferd. König, Marbachergasse Nr. 6.

Zum Selbst-Unterricht!

Neue Holz- und Marmormalereien. Serie I Holzmalereien 3. Auflage Mk. 18.00 Druckfläche 32x48 cm. Serie II Marmormalereien 2. Auflage Mk. 15.00 Beide Mk. 32.00. Forenrollen per Paar (1 u. 2 1/2 Zoll) Mk. 6.00, einzelne 3 Zoll Mk. 4.50. Sämtliche Pinsel etc. für die Holz- und Marmormalerei! Fr. Weiershausen & Co., Hamburg 5, Lindenstr. 19. Spezialechule für Holz- und Marmormalerei. Unterricht vom 15. Oktober bis 15. März. — Prospekte gratis und franko. — Neuester Erfolg: Einer unserer Schüler erhielt nach 4 1/2-monatlichem Unterricht für seine Leistungen die Berechtigung zum einjährigen Dienst.

Verlangen Sie gratis u. franko!

die künstl. reichillust. Prospekte der prachtvollen Schülerarbeiten vom kunstgewerblichen Institut für Maler H. Schmid-Engweiler, Zürich.

Porto n. d. Schweiz f. Briefe 20, Karte 10 S.

Billige Malvorlagen
Für 1 M. (Porto 20 Pf. extra) 20 schöne Malvorlagen (Blumen, Landschaften, Figürliches etc.), früherer Wert 8-10 M.
Für 3 M. (Porto 50 Pf. extra) 30 schönere Malvorlagen (Blumen, Früchte, Landschaften, Amoretten-Kompositionen, Figürliches etc.), früherer Wert 20-25 M.
E. Haberland in Leipzig-R.

Epochemachende Erfindung!

Deutsches Reichspatent No. 191582. Swierzy-Malerei Das Porträt der Zukunft! Farbige Gemälde direkt auf Malleinen nach jeder Photographie, z. B. 30/40 cm auf Keilrahmen Mk. 10.—. Absolute Aehnlichkeit garantiert. Täglich hervorragende Anerkennungen. Preisliste gratis und franko. Richard Swierzy, Ges. m. b. H. Berlin S. O., Oranienstr. 70. Grosser Nebenverdienst!

50 bunte Malvorlagen Mk. 6.— Landschaften, Blumen, Tiere, Seestücke, Damen etc. Ph. Brühl, Oeffen i. Weßf.

Versandhaus

in allen Malerartikeln, Farben, Läden, Pinsel und Schablonen. Billigste Bezugsquelle in Tubenfarben. Man verlange Preisliste! G. Job, Nürnberg, Teßelg. 18.

Mehrländische Berufsleidung

ist anerkannt die beste. Berlin N., Brunnenstraße 119. Eigene Fabrik. Verkauf zu Fabrikpreisen. Versand nach außerhalb. Maler-Mittel
prima Messel 110 120 130 140
mit schrägen Taschen 2.25 2.50 2.50 2.75 M.
extra schwerer 110 120 130 140
Messel ab. 3.25 3.25 3.50 M.
Dress-Posen und Läden
Mk. 1.50, 2.45, 3.50.

Maler-Mäntel,

beste Qualität mit schrägen Taschen und Umlegeklappen. Nur eigenes Fabrikat.

110 120 130 140 cm lang
jeht 2.75 2.90 3.10 3.25 M.
Posen aus Messelstoff 2.— M., Rücken 40 S.
Dress-Posen und Läden 2.30 M., Extra
Größen 3.— M. 11. Qualität 25 S. billiger.
Wir bitten Oberweite und Schrittlänge anzugeben.
D. Wurzel & Co., Berlin, Brückenstraße 13, I.

Der heutigen Nummer liegt die Nr. 9 des Korrespondenzblattes für die Bevollmächtigten unserer Filialen bei.

Für die Redaktion verantwortlich W. Marz. Hamburg, Schmalenbekerstraße 17. Verlag von S. Wentker, Hamburg 22. Druck von Friedrich Meyer, Hamburg 23.